Einblicke in die
parlamentarische Arbeit
der CDU-Fraktion im Landtag
von Sachsen-Anhalt

DRAHTSEILAKT

Unsere Bilanz
2016 - 2021

CDU
CDU-Fraktion im Landtag
von Sachsen-Anhalt

Einblicke in die
parlamentarische Arbeit
der CDU-Fraktion im Landtag
von Sachsen-Anhalt

DRAHTSEILAKT

Unsere Bilanz
2016 - 2021

CDU-Fraktion im Landtag
von Sachsen-Anhalt

CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

INHALT

4 / **Zum Geleit**

5 / **Im Gespräch**
„DIE KUNST BESTEHT DARIN, DASS ES IMMER DREI GEWINNER GEBEN MUSS."

10 / **Im Gespräch**
„HARTES RINGEN UM DEN KOMPROMISS – WIR HABEN VIEL GESCHAFFT. ES WAR BISWEILEN EIN DRAHTSEILAKT."

14 / **Ein Rückblick**
DIE CDU-FRAKTION IST DER STABILITÄTSANKER

16 / **Dialogoffensive**
IHRE MEINUNG IST GEFRAGT

20 / **Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung**
MIT UNSERER WIRTSCHAFT SACHSEN-ANHALT ZUKUNFTSFÄHIG GESTALTEN

26 / **Bildung und Kultur**
GUTE BILDUNG FÜR ALLE

30 / **Arbeit, Soziales und Integration**
DEN MENSCHEN IN DEN MITTELPUNKT STELLEN

IMPRESSUM

Herausgeber: CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
Vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden: Siegfried Borgwardt

V.i.S.d.P.: Steffen Eckold, Fraktionsgeschäftsführer
Sandra Hietel, Pressesprecherin
Telefon: 0391 560 20 16, Fax: 0391 560 20 28
E-Mail: presse@cdufraktion.de
www.cdufraktion.de

Bildnachweis: Pressestelle der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Rayk Weber (4, 5, 7, 21, 27, 31, 35, 39, 43, 47, 53, 57, 61, 65,74-80), Fotolia (Uwe Graf (8), marcushofmann (15)), stock.adobe.com: (mbolina (Cover), Photocreo Bednarek (2+20), Andre Peter Krause (22), Khaligo (25), pololia (2+26), aerogondo (29), Robert Kneschke (2+30), WavebreakMediaMicro (32), Wellnhofer Designs (3+34), s-motive (37), Gina Sanders (38), Africa Studio (40), hedgehog94 (41), ARochau (2+42), LVDESIGN (45), pressmaster (46), Image'in (48+51), Countrypixel (3+52), Ezio Gutzemberg (55), metamorworks (56), chesta09 (59), photocrew (3+60), Ngampol (63), Miljan Živković (64))

Layout/Druck: Max Schlutius Magdeburg GmbH & Co. KG
Halberstädter Straße 37 · 39112 Magdeburg
Telefon: 0391 62 85 70 · Fax: 0391 628 57 22
E-Mail: info@max-schlutius.de
www.max-schlutius.de

Stand: März 2021

32 / **Inneres und Sport**
SICHER LEBEN IN SACHSEN-ANHALT

38 / **Recht, Verfassung und Gleichstellung**
DIE JUSTIZLANDSCHAFT
UNSERES LANDES STÄRKEN

42 / **Landesentwicklung und Verkehr**
LEISTUNGSFÄHIGE UND
INNOVATIVE INFRASTRUKTUR

46 / **Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**
UNSERE LAND- UND ERNÄHRUNGS-
WIRTSCHAFT SIND DAS RÜCKGRAT
DES LÄNDLICHEN RAUMES

52 / **Umwelt und Energie**
UMWELT, KLIMA- UND NATUR
SCHUTZ MIT MASS UND MITTE

56 / **Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien**
ZUVERLÄSSIGKEIT
FÜR EIN STARKES UND
WETTBEWERBSFÄHIGES
SACHSEN-ANHALT

60 / **Finanzen**
GENERATIONSBEWUSSTES HANDELN
SETZT VERANTWORTUNGSVOLLEN
UMGANG MIT LANDESFINANZEN
VORAUS

64 / **Petitionen**
BILANZ DER MITGLIEDER IM
AUSSCHUSS FÜR PETITIONEN

66 / **Kaleidoskop**
FRAKTION IN AKTION

72 / **SOCIAL MEDIA –**
GANZ NAH DRAN –
FÜR UNSER LAND

74 / **Unsere Regierungsmitglieder / Unsere Fraktionsgeschäftsstelle / Die Mitarbeiter unserer Pressestelle**

76 / **Unsere Wahlkreisabgeordneten**
SPRECHEN SIE UNS AN!

CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Zum Geleit

Siegfried Borgwardt

Vorsitzender der
CDU-Fraktion im Landtag
von Sachsen-Anhalt

Liebe Leserinnen und Leser,

am 13. März 2016 wurde der Landtag von Sachsen-Anhalt gewählt. Im Juni dieses Jahres endet nach etwas mehr als fünf Jahren die 7. Wahlperiode, die aufgrund der vergangenen Monate vom Eindruck der Corona-Pandemie für ewig geprägt sein wird.

Mit unserer Bilanz wollen wir zurückblicken auf eine Zeit, in der es der CDU-Fraktion gelungen ist, trotz der schwierigen Konstellation in Deutschlands erster Kenia-Koalition, wichtige Themen voranzutreiben und umzusetzen.

Gleich zu Beginn der Wahlperiode haben wir mit dem Doppelhaushalt 2017/2018 in die Zukunft unseres Landes investiert – etwa in Kommunen, Sicherheit, Bildung und Infrastruktur. Dieses wurde in den Haushalten 2019 sowie 2020/21 weiter verstetigt. Dabei haben wir uns stets an unseren Haushalts- und Finanzprinzipien Stabilität, Investition und Nachhaltigkeit orientiert.

In diesem Rahmen haben wir mit der Meistergründungsprämie die Existenzgründung gefördert. Wir haben die Innere Sicherheit in Sachsen-Anhalt gestärkt und neue Lehrkräfte eingestellt. Mit dem „Funklochfinder" hat die CDU-Fraktion auf die schlechte Versorgung mit Mobilfunknetz in Sachsen-Anhalt aufmerksam gemacht, daraufhin wurden in den Jahren 2020 und 2021 2,7 Millionen Euro für mobile Funkmasten im Haushalt des Wirtschaftsministeriums eingestellt – um nur einige Beispiele zu nennen. Die Ergebnisse der Koalitionsarbeit tragen eine deutliche Handschrift der konservativen Mitte.

Zudem sind mir auch die vier Ehrenamtsveranstaltungen der CDU-Fraktion in dieser Legislaturperiode in Erinnerung geblieben. Dort haben wir Vertretern von Freiwilligen Feuerwehren und Rettungsorganisationen sowie Corona-Helfern in unserem Land Dank und Wertschätzung für ihren ehrenamtlichen Einsatz ausgesprochen. Eine Tradition, die wir beibehalten sollten.

Die folgenden Seiten gewähren Ihnen eindrucksvoll einen Einblick in die Arbeit der CDU-Fraktion in den zurückliegenden fünf Jahren. Wir haben vieles umgesetzt, auf das wir stolz sein können. Darauf lässt sich in den kommenden Jahren aufbauen. Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Ihr

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender

„DIE KUNST BESTEHT DARIN, DASS ES IMMER DREI GEWINNER GEBEN MUSS.“

Im Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff

In Ihrer zweiten Legislatur als Ministerpräsident hatten Sie es neben der SPD mit einem dritten Partner zu tun. Was waren die größten Unterschiede zu Ihrer ersten Legislatur?

Dr. Reiner Haseloff: Wir waren 2016 die ersten, die auf Landesebene eine Kenia-Koalition gebildet haben. Klar war, dass die Spannbreite der Politikansätze die größte sein wird, die es zu jener Zeit in Deutschland gab. Nicht wenige waren überzeugt davon, dass das Experiment keine fünf Jahre dauern würde. Doch relativ schnell galt Sachsen-Anhalt als Beispiel dafür, wie es sehr wohl gehen kann. Brandenburg und Sachsen folgten.

In 11 der 16 Bundesländer sind die Grünen heute mit in Regierungsverantwortung. Dass wir mit dieser Konstellation fünf Jahre nicht nur durchgehalten, sondern auch eine gute Politik für die Menschen in unserem Land gemacht haben, spricht für die Stabilität der politischen Mitte. Bei drei derart unterschiedlichen Partnern am Kabinettstisch ist bei allen Beteiligten der Wille zum Kompromiss gefordert. Ich sage offen heraus: In der Binnenzusammenarbeit war das Kenia-Kabinett eines der Besten, das ich in meiner politischen Laufbahn erlebt habe.

Die „Chemie“ stimmte also?

Dr. Reiner Haseloff: Durchaus, denn die handelnden Personen haben sich politisch arrangiert. Die Zusammenarbeit war ausgesprochen professionell und angenehm kollegial. Von Anfang an habe ich darauf bestanden, dass die drei Fraktionsvorsitzenden an allen Kabinettsitzungen mit Rederecht teilnehmen. Zudem war es mir wichtig, auf Einstimmigkeit zu setzen. Das war ein Garant dafür, dass Entscheidungen nicht hinterher öffentlich in Frage gestellt werden konnten. Intensive Abstimmungen im Vorfeld und eine inhaltsreiche Debattenkultur am Kabinettstisch waren der Preis dafür. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: Unter meinem Vorgänger dauerte eine Kabinettssitzung in der Regel nicht länger als eine Stunde, wir brauchen eine halbe Stunde länger. Mindestens.

Mit der ersten Kenia-Koalition in Deutschland hat Sachsen-Anhalt Geschichte geschrieben. Gab es auch im Verlauf der Legislatur Ereignisse, die Sie als historisch bezeichnen würden?

Dr. Reiner Haseloff: Zuallererst natürlich die Corona-Krise. Die ist zwar nicht politisch gemacht, sondern global über uns gekommen und hat für Ostdeutschland extreme Herausforderungen mit sich gebracht, die wir seit der Wende nicht mehr erlebt haben.

Als historisch würde ich es auch bezeichnen, dass wir es trotz der parteipolitischen Konfliktfelder zwischen industrieller Landwirtschaft, Naturschutz und Gedenkstätten vermocht haben, ein derart zukunftsfähiges Projekt wie das „Grüne Band" hinzubekommen. Auch „Natura 2000" spricht dafür, dass ein vernünftiger Konsens mit der CDU, den Grünen und der SPD möglich ist.

Was steht nach fünf Jahren Kenia-Koalition auf der Habenseite für das Land und seine Bürger?

Dr. Reiner Haseloff: Ganz gewiss mehr, als dass es die Zeit erlaubt, hier in aller Ausführlichkeit auszuführen. Persönlich freut es mich, dass es uns gelungen ist, dass Azubi-Ticket für Sachsen-Anhalt auf den Weg zu bringen. Es wird dazu beitragen, dass wir junge Menschen im Land halten können. Auch die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge für Bürger und Kommunen, ohne andere Dinge im Haushalt streichen zu müssen, ist ein Erfolg. Bis zur Corona-Pandemie hat diese Regierung keine neue Verschuldung zugelassen. Darüber hinaus hat diese Regierung viele Leistungen im Kinderförderungsgesetz, u.a. den Betreuungsschlüssel, verbessert. Wir haben über 4000 neue Lehrkräfte eingestellt – fast das Dreifache im Vergleich zur letzten Legislaturperiode. Wir wissen, dass die Situation angesichts der hohen Zuwanderung der letzten fünf Jahre und der Überalterung vieler Kollegien, angespannt bleibt. Das bleibt eine deutschlandweite Herausforderung auch in den nächsten Jahren.

Ein Riesenerfolg sind die Strukturhilfen für den Kohleausstieg unter wesentlicher Federführung Sachsen-Anhalts. Der Bund ist bereit, den Strukturwandel bis 2038 mit bis zu 40 Milliarden Euro zu unterstützen. Gemeinsam mit den betroffenen Regionen haben wir durch Verhandlungen auf Bundesebene erfolgreich Mittel eingeworben, die eine Weichenstellung für einen erfolgreichen Strukturwandel ermöglichen.

Es ist uns nicht nur gelungen, unser Kohlekraftwerk Schkopau statt bis 2026/2027 nun bis 2035 am Netz zu halten, sondern auch die südlichen Regionen massiv bei der Schaffung neuer, innovativer Arbeitsplätze zu unterstützen. Im Mitteldeutschen Revier legen wir nun gemeinsam mit sämtlichen regionalen Akteuren den Grundstein für die Zukunft unseres Landes. Sachsen-Anhalt stehen insgesamt 4,8 Milliarden Euro zur Verfügung und eröffnen beispiellose Möglichkeiten für innovative Vorhaben in Sachsen-Anhalt.

Zudem sind wir stolz darauf, dass es uns mit dem Dom zu Naumburg gelungen ist, ein weiteres Bauwerk auf die Liste der Unesco-Weltkulturerbestätten zu bringen. Damit ist Sachsen-Anhalt gemeinsam mit Bayern das Bundesland mit den meisten Kulturerbestätten. Dafür haben wir lange auf vielen Ebenen hart gekämpft. Ein großer Erfolg war auch die Einigung mit den vertragsgebundenen Einrichtungen durch gute Verträge, die wir mit den Theatern, Orchestern, Opernhäusern usw. geschlossen haben.

Nicht zuletzt ist Sachsen-Anhalt eines der drei Bundesländer mit dem höchsten Lohnzuwachs der letzten Jahre. Seit 2011 sind die Löhne bei uns um sagenhafte 30 Prozent angestiegen.

In welchen Politikfeldern sehen Sie zu wenig Fortschritt?

Dr. Reiner Haseloff: Im Grunde sind wir überall einen Schritt vorangekommen. Gleichwohl gibt es Bereiche, in denen wir noch weiter zulegen müssen. Die Corona-Pandemie hat Defizite bei der Digitalisierung der Schulen sichtbar werden lassen. Wir brauchen dringend mehr Tempo, um alle Schulen mit schnellem Breitbandnetz zu versorgen. Bei der demographisch bedingten Neubesetzung von Stellen im öffentlichen Bereich liegen entscheidende Jahre vor uns. Das betrifft neben den Lehrern auch die Justiz, wo z. B. bis 2032 50 Prozent der Richter und Staatsanwälte in den Ruhestand gehen. Auch bei der Fortschreibung des Krankenhausplans im ländlichen Bereich müssen wir dafür Sorge tragen, dass wir stabile Versorgungsstrukturen sicherstellen, z. B. durch telemedizinische Ansätze.

Im Jahr 2016 erfolgte Ihre Wahl zum Ministerpräsidenten erst im zweiten Wahlgang. Ein Zeichen, dass das schwarz-rot-grüne Bündnis auch in den eigenen Reihen auf Widerstand traf. Konnten fünf Jahre Koalitionsarbeit die Gemüter in der eigenen Partei beruhigen?

Dr. Reiner Haseloff: In unserer „Landwirtschaftsfraktion" war es lange umstritten, das Umwelt- und Landwirtschaftsministerium an die Grünen abzugeben. Ich bin aber überzeugt davon, dass in meiner Partei inzwischen alle den hohen Wert erkannt haben, in einer Dreier-Koalition eine Mehrheit zu haben, die es ermöglicht, das Land zu gestalten. Die fünf Jahre haben gezeigt, dass es nicht nur möglich ist, mit der SPD und den Grünen zu regieren, sondern, dass es auch besser ist, gemeinsam zu regieren statt in der Opposition praktisch nichts umsetzen zu können. Die gefühlte Distanz zum politischen Partner schrumpft in dem Maße, wie man durch kluge Moderation seine Differenzen abbaut.

Wie oft hatten Sie das Gefühl, dass Ihre Machtbasis in der Fraktion wackelt?

Dr. Reiner Haseloff: Im Grunde nie, haben wir doch alles durchbekommen, was wir uns vorgenommen hatten. Bedauerlich bleibt, dass wir das Agrarstrukturgesetz nicht mehr auf den Weg bringen konnten. Das lag zum einen an der Terminierung kurz vor der Wahl, zum anderen am fragilen Meinungsbild der Branche und deren Interessenvertreter, die sich selbst nicht über einen politischen Weg einig wurden. Da ist es dann auch für die Koalitionsparteien nicht einfach Akzeptanz in einer Branche zu finden, deren Entwicklung eigentlich gefördert werden sollte.

Im Übrigen habe ich in den vergangenen fünf Jahren kein einziges Mal energischen Gegenwind aus der Fraktion gespürt. In einer großen Partei wie der CDU gibt es natürlich mal verschiedene Meinungen. Wenn wir da mal unterschiedlicher Meinung sind, ist das nicht gleich der Untergang der CDU. Wir leben in einer Demokratie. Ich habe das gute Gefühl, dass unsere Reihen nach diesen fünf Jahren geschlossener sind als zu Beginn.

Auch nicht, als Ende 2020 der Machtkampf mit Ihrem Innenminister eskalierte?

Dr. Reiner Haseloff: Das war kein Machtkampf, sondern eine elementare Richtungsentscheidung. Es ging darum, das Feld für eine Minderheitsregierung mit politischen Optionen zu bereiten, die für mich undenkbar und ausgeschlossen sind. Es wäre verantwortungslos gewesen, die Regierung und damit mein Heimatland mit Tempo 300 aus der politischen Mitte an die Wand fahren zu lassen.

Ich musste mich entscheiden und habe in Verantwortung um mein Land und nach viel Zuspruch aus der Fraktion meinen eigentlich geplanten Abschied aus der Tagespolitik zum Sommer 2021 aufgegeben. Auch um die bestehende Mehrheitsregierung in so schwierigen Pandemiezeiten zu erhalten. Die kurz vor Weihnachten sich extrem zuspitzende Situation um den Rundfunkstaatsvertrag konnten wir dank vieler besonnener und verantwortungsvoller Politiker aus den Reihen von SPD, Grünen und CDU lösen. Dafür gebührt allen Beteiligten mein aufrichtiger Dank.

Gibt es etwas, bei dem Sie sich mehr Unterstützung der Fraktion erhofft hatten?

Dr. Reiner Haseloff: Wir haben so viel auf den Weg gebracht, dass diese Legislatur im Grunde eine Erfolgsgeschichte ist. Allerdings finde ich, dass man dies zuweilen noch besser kommunizieren sollte.

Wie meinen Sie das?

Dr. Reiner Haseloff: In der Argumentation klar machen, dass die CDU in den laufenden Meinungsbildungsprozessen gute Projekte nicht in Frage stellt, sondern dass wir sie nur eben gern verantwortungsbewusst zu Ende denken, ehe wir zustimmen. Auf den Punkt: Bei neuen kostenintensiven Wünschen werden wir eben nicht immer gleich und sofort und womöglich zu Lasten nachfolgender Generationen mitmachen. Wir machen gern mit, wenn es vernünftig, bezahlbar und im Interesse der Menschen ist.

Womit hat Sie die Fraktion positiv überrascht?

Dr. Reiner Haseloff: Damit, dass wir keine einzige unserer entscheidenden Abstimmungen als Koalition durch Mitwirken der eigenen Fraktion verloren haben. Gleichwohl ich natürlich weiß, dass sich mancher Abgeordnete sehr, sehr schwer mit dem einen oder anderen Punkt getan hat. Allein der letzte Doppelhaushalt wies eine ganze Reihe strittiger Einzelprojekte auf. Aber zum Schluss stand die Mannschaft und wir haben mit Blick auf das Ganze gute Politik gemacht. Ich konnte mich auf die Fraktion immer verlassen!

Hand aufs Herz: Gab es Momente, in denen sie sich mit einem guten Tropfen erleichtert zurückgelehnt haben?

Dr. Reiner Haseloff: Ich gestehe ein Gefühl tiefer Erleichterung zum Jahresende, als ein Auseinanderbrechen der Regierung verhindert werden konnte. Das war die größte Herausforderung, die ich je in meinem politischen Werdegang erlebt habe. Sie durchgestanden zu haben, war mir dann im Stillen auch einen guten Tropfen von Saale und Unstrut wert.

Könnten Sie uns – sagen wir die fünf wichtigsten – Landesprojekte benennen, die ohne eine starke CDU-Fraktion nicht umgesetzt worden wären?

Dr. Reiner Haseloff: Das erstreckt sich über verschiedene Themenfelder. Hier könnte ich eine Vielzahl nennen. Ein prominentes Beispiel ist der weiterhin stabile Rundfunkbeitrag. Trotz enormem, sogar bundesweitem Gegenwind konnten wir die Erhöhung des Rundfunkbeitrags verhindern.

Die Straßenausbaubeiträge konnten wir abschaffen, ohne Gemeinden und Bürger dafür an anderer Stelle zu belasten. Zudem sind wir dem Lehrermangel mit einer Vielzahl von Neueinstellungen begegnet und haben über 4000 neue Lehrkräfte gewonnen. Derzeit läuft eine Ausschreibung für 1000 weitere Stellen. Nahezu dreimal so viele, wie in der vorherigen Legislatur.

Es ist eine Besonderheit unseres Bundeslandes, dass wir auf engem Raum über zwei Universitätskliniken verfügen. Um den sicheren Betrieb auch weiterhin zu gewährleisten, sorgen wir für die erforderliche finanzielle Ausstattung oder Baumaßnahmen wie das Herzzentrum in Magdeburg.

Im Bereich der inneren Sicherheit blicken wir ebenfalls auf eine erfolgreiche Bilanz. Allein im vergangenen Jahr wurden in etwa 300 Polizeianwärterinnen und -anwärter übernommen. Damit sind wir auf einem guten Weg, das Ziel von 6.400 Vollzugsbeamten in der Landespolizei noch im laufenden Jahr zu erreichen.

Sahen Sie sich als Ministerpräsident in dieser Legislatur eher als Antreiber und Anführer oder als Vermittler und Moderator?

Dr. Reiner Haseloff: Sowohl als auch. Es gab Themen, da musste man anführen. Vor allem natürlich die mit bundespolitischer Relevanz, wie etwa den Kohleausstiegsverhandlungen. Bei lange hoch und runter, kreuz und quer diskutierten Projekten, musste ich zuweilen auch mal in die eigene Truppe hinein sagen: Wir können uns in der Meinungsbildung die Themen jetzt nicht monatelang zerschreddern lassen, wir brauchen jetzt eine Lösung dafür. Bei den normalen Konfliktfeldern in der Mitte der Gesellschaft braucht es zum Austarieren in der Koalition dann wieder eher einen Moderator, um mehrheitsfähige Beschlüsse zu bekommen. Die Kunst besteht dann darin, dass es am Ende immer drei Gewinner geben muss. Schafft man das, hat die Koalition Bestand. Das wiederum hat auch eine bundespolitische Komponente: Wenn wir in Sachsen-Anhalt strittige Projekte hinbekommen, dann kommt man damit in der Regel auch bundespolitisch durch. Spätestens im Bundesrat braucht man ja die Zustimmung der Grünen.

Stärkste Partei zu werden ist in Sachsen-Anhalt kein Garant dafür, auch regieren zu können. Käme für Sie – und die neue CDU-Fraktion - eine Minderheitsregierung in Frage?

Dr. Reiner Haseloff: Zweimal ein klares Nein! Erstens, weil dieses Land schon einmal eine Minderheitsregierung hatte und damit nicht gut gefahren ist. Und zweitens: Solange die politische Mitte eine Mehrheit erreicht, hat sie auch die Verpflichtung, diese Mitte politisch auszufüllen. Die Alternative wäre ja eine andere Richtung.

Im September 2020 haben Sie überraschend Ihre dritte Kandidatur angekündigt. Was motiviert Sie?

Dr. Reiner Haseloff: Unverändert haben wir viele Ideen, die es lohnt, mit den Kräften der politischen Mitte in den nächsten fünf Jahren umzusetzen. Wir werden noch viele Jahre mit der Corona-Herausforderung zu kämpfen haben. Wir haben den Kohleausstieg und die notwendigen Strukturveränderungen zu bewältigen. Parallel stehen wir angesichts der hohen Zahl von Menschen, die in den nächsten Jahren in Rente gehen, vor einer enormen demographischen Herausforderung, weil wir nicht genügend junge Leute in Ostdeutschland haben, die die Lücken schließen können.

In den letzten Jahren haben bestimmte Aufgaben und Themen das politische System auf die Probe gestellt. Dies hat uns verdeutlicht, welch hohe Bedeutung es hat, dieses System stabil zu halten und das Vertrauen der Menschen in das Funktionieren unseres Gemeinwesens wieder zu stärken. Das geht nur mit Verlässlichkeit und Erfahrung.

Wir stehen also vor einer entscheidenden Legislaturperiode. Ich habe die politischen Entwicklungen in den letzten 30 Jahren aktiv erlebt, nun möchte ich meinen Kindern und Enkeln das Land auch vernünftig strukturiert hinterlassen.

Wir danken für das Gespräch, Herr Ministerpräsident.

„HARTES RINGEN UM DEN KOMPROMISS – WIR HABEN VIEL GESCHAFFT. ES WAR BISWEILEN EIN DRAHTSEILAKT.“

Im Gespräch mit Siegfried Borgwardt

Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Mit der ersten Kenia-Koalition in Deutschland begab sich die CDU im Land 2016 auf absolutes Neuland. Was überwiegt bei Ihnen als Fraktionschef: Die Erleichterung darüber, durchgehalten zu haben oder die Freude über erreichte politische Ziele?

Siegfried Borgwardt: So ein Bündnis ist ja keine Liebesehe, eher eine Art Zweckbündnis. Mit dem Koalitionsvertrag haben sich die drei Beteiligten 2016 auf einen Kompromiss geeinigt. Am Ende darf ich nicht ganz unzufrieden resümieren: Ja, es war schwierig, aber wir konnten letztlich einen Großteil unserer politischen Ziele erreichen.

Wie bewerten Sie die Arbeit der Kenia-Koalition unter dem Strich?

Siegfried Borgwardt: Als solide. Das kann man ganz gut am Koalitionsvertrag festmachen. Stück für Stück wurden die Punkte abgearbeitet. Da war der Titel des Koalitionsvertrages durchaus Programm: „Zukunftschancen für Sachsen-Anhalt – verlässlich, gerecht und nachhaltig“. Klar hätte ich mir von unseren Koalitionspartnern zuweilen weniger ideologische Dogmen und dafür einen größeren gesamtgesellschaftlichen Blick gewünscht. Aber unter dem Strich bleibt die bemerkenswerte Tatsache, dass wir in gemeinsamen Initiativen sogar Dinge umsetzen konnten, die gar nicht im Koalitionsvertag standen.

Und welche?

Siegfried Borgwardt: Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge oder der Einsatz für das Begleitete Fahren mit 16.

Was entgegnen Sie Kritikern, die die Handschrift der CDU als größten Partner gern etwas schärfer gesehen hätten.

Siegfried Borgwardt: Prof. Böhmer hat den Satz geprägt, dass man nicht 100 Prozent seines Wahlprogrammes

umsetzen kann, wenn man nicht 51 Prozent der Stimmen bekommen hat. Jeder Koalitionspartner steht vor diesem Problem, das er vor allem seinen eigenen Wählern zu erklären hat. Ich finde die Fülle der Initiativen schon bemerkenswert, die die CDU-Fraktion umsetzen konnte.

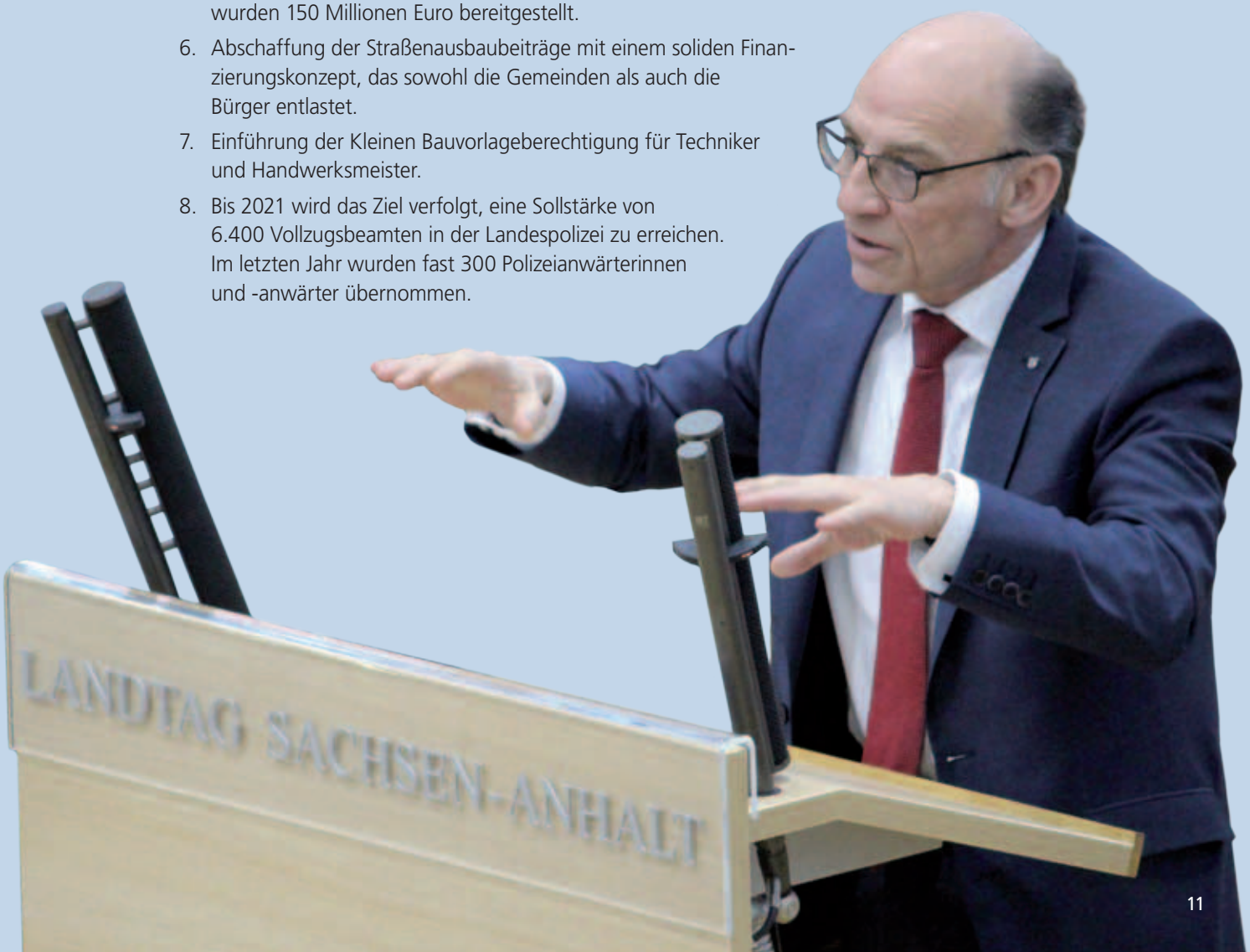
Zum Beispiel?

Siegfried Borgwardt: Die Einführung der Meistergründungsprämie, die personelle Aufstockung bei Polizei und Justiz, die Neuregelung des Finanzausgleichsgesetzes, die dafür gesorgt hat, dass bis 2021 die finanziellen Mittel für die Kommunen festgeschrieben sind – mit beachtlichen 1,628 Milliarden Euro. Auch die Flexibilisierung der Lehramtsausbildung für den Seiten- und Quereinstieg geht auf CDU-Initiative zurück. Und nicht zu vergessen: Wir sind mit dem flächendeckenden Ausbau der Breitbandversorgung in Sachsen-Anhalt deutlich vorangekommen.

Wären Sie bereit – sagen wir – die zehn größten Erfolge der CDU in der letzten Legislatur auszuführen?

Siegfried Borgwardt: Keine leichte Aufgabe. Allein die Auswahl ist alles andere als einfach:

1. Wir haben die Erhöhung des Rundfunkbeitrags verhindert.
2. Mit unserer erfolgreichen Aktion "Funklochfinder" haben wir Vorlauf dafür geleistet, dass für das Jahr 2020 500.000 Euro und für das Jahr 2021 2,2 Millionen Euro für mobile Funkmasten im Haushalt eingestellt worden sind.
3. Noch in keiner anderen Wahlperiode wurden so viele Lehrkräfte eingestellt wie in dieser, nämlich insgesamt 5.000.
4. Gleich zu Beginn der 7. Wahlperiode wurde das Finanzausgleichsgesetz (FAG) novelliert und die Finanzausgleichsmasse festgeschrieben. Für die Kommunen Sachsen-Anhalts steht somit für die Jahre 2017 bis 2021 jährlich ein Festbetrag von 1,628 Milliarden Euro zur Verfügung - einmalig in Deutschland.
5. Beginn der großen Baumaßnahme „Herzzentrum Magdeburg" an der Uniklinik. Für den Erhalt der medizinischen Versorgung, vor allem im ländlichen Raum, wurden 150 Millionen Euro bereitgestellt.
6. Abschaffung der Straßenausbaubeiträge mit einem soliden Finanzierungskonzept, das sowohl die Gemeinden als auch die Bürger entlastet.
7. Einführung der Kleinen Bauvorlageberechtigung für Techniker und Handwerksmeister.
8. Bis 2021 wird das Ziel verfolgt, eine Sollstärke von 6.400 Vollzugsbeamten in der Landespolizei zu erreichen. Im letzten Jahr wurden fast 300 Polizeianwärterinnen und -anwärter übernommen.



9. Mit der Änderung des Rettungsdienstgesetzes haben wir unter anderem das neue Berufsbild des Notfallsanitäters gesetzlich verankert. Für den Patienten bleibt eine bestmögliche Notfallversorgung gewährleistet. Die Hilfsfrist von 12 Minuten bleibt unangetastet.
10. Um den meist ehrenamtlich organisierten Brandschutz sicherzustellen, haben wir das Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz umfassend novelliert, u. a. dürfen Feuerwehrleute bis zum 67. Lebensjahr im aktiven Dienst bleiben, wenn sie es wollen.

Des einen Erfolg ist des anderen Kompromiss. Hand aufs Herz: Wie oft stand die Koalition vor dem Scheitern?

Siegfried Borgwardt: Scheitern ist ein großes Wort. Durch Geduld und Beharrlichkeit haben wir meistens eine einvernehmliche Lösung gefunden. Das war, denke ich, ja auch jedem klar: Je mehr Partner mit unterschiedlichen politischen Zielen eine Koalition eingehen, desto schwieriger wird es, Kompromisse zu bilden. Scheitern würde ich das keinesfalls nennen.

Sondern?

Siegfried Borgwardt: Hartes Ringen um den möglichen Kompromiss. Ich erinnere mich an schwierige Verhandlungen zum Rundfunkänderungsstaatsvertrag und der damit verbundenen Ablehnung der Gebührenerhöhung, an die Diskussionen zum Grünen Band oder auch an die Debatten zum Doppelhaushalt 2017/2018. Für uns als CDU-Fraktion kann ich sagen: Wir waren uns unserer politischen Verantwortung in dieser Koalition stets bewusst.

Welche Rolle hat dabei die AfD gespielt?

Siegfried Borgwardt: Für uns als CDU-Fraktion war es zu Beginn der Legislatur eine der Kardinalfragen, wie wir es grundsätzlich mit der neu in den Landtag gekommenen Partei halten. Um das für uns zu klären, haben wir ein Wochenendseminar mit wissenschaftlicher Begleitung veranstaltet und uns letztlich auf diese Formel geeinigt: „Abgrenzen aber nicht ausgrenzen!“ Diese haben später dann auch andere Parlamente übernommen. Als Demokrat ist die Debatte für mich die beste Form der demokratischen Auseinandersetzung.

In dieser Koalition wusste wohl jeder, das bewegte und schwierige Zeiten bevorstehen. Dennoch haben Sie auch persönlich Verantwortung übernommen. Was sagen Sie heute: „Ich hätte mir entspanntere fünf Lebensjahre gewünscht“ oder „Nein, ich bin dankbar für die Erfahrung“?

Siegfried Borgwardt: Ich wusste nach der Wahl 2016, dass ich vor der größten Herausforderung meiner politischen Karriere stehe. Der habe ich mich gern gestellt und bin froh darüber. Als Christdemokrat bin ich dabei meinem Grundprinzip treu geblieben, im politischen Streit hart in der Sache zu sein, ohne persönlich zu verletzen.

Die Größe des Landesparlamentes sorgt immer wieder für Kritik. Nach der Wahl 2016 schrumpfte es daraufhin von 91 Abgeordneten auf aktuell 87. Eine Parlamentsreform reduziert zur bevorstehenden Abstimmung die Zahl der Wahlkreise von 43 auf 41. Mit welchen Konsequenzen?

Siegfried Borgwardt: Die Zahl der Abgeordneten sinkt erneut um vier. Damit sind wir besser als der Bundestag, der so etwas gar nicht hinbekommt. Ich halte es schon für sehr bemerkenswert, dass der Landtag in dieser Legislaturperiode die Landesverfassung, das Abgeordnetengesetz und die Geschäftsordnung nach 30 Jahren erstmals umfassend reformiert hat. Das gesamte Reformwerk zeichnet sich durch moderne und transparente Regelungen aus. Mit der

Änderung der Landesverfassung wird die Politik verpflichtet, für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land zu sorgen. Die Einführung der Schuldenbremse schafft Generationengerechtigkeit bei allen Entscheidungen. Und es wird mehr Bürgernähe geschaffen.

Inwiefern?

Siegfried Borgwardt: Indem z. B. das Quorum für die Einleitung eines Volksbegehrens deutlich gesenkt wird und öffentliche Ausschusssitzungen fortan von jedem Bürger besucht werden können.

Kein anderes Thema bestimmte unser Leben in den vergangenen Monaten mehr als Corona. Wie bewerten Sie die Rolle der CDU im Land bei der Bewältigung der Pandemie?

Siegfried Borgwardt: Obwohl die CDU-Fraktion die Beschlüsse der Bundeskanzlerin und der Regierungschefinnen und Regierungschefs im Herbst mitgetragen hat, bleiben wir bei unserem Sachsen-Anhalt-Plan. Der greift bei entsprechender Infektionslage. Deswegen hat unsere Fraktion beispielsweise im Frühjahr 2020 darauf gedrängt, unsere Gaststätten oder Hotels früher zu öffnen als in Bundesländern, wo die Inzidenzen deutlich höher waren.

Welche Folgen wird Corona auf mittlere Sicht auf unser Land, die Menschen und auf die Politik haben?

Siegfried Borgwardt: Branchen wie der Tourismus, das Hotel- und Gaststättengewerbe aber auch Teile des Einzelhandels werden noch lange mit den Folgen kämpfen müssen. Was die Pandemie mit unseren Kindern machen wird, die eine lange Zeit auf Freunde und Schulkameraden verzichten mussten, ist eine Frage, die mich sehr bewegt. Auch die fehlenden sozialen Kontakte bei Millionen Menschen bereiten mir Sorgen. Was löst das für unser Gemeinwesen aus? Andererseits hat die Pandemie auch dazu geführt, dass der Ausbau der Digitalangebote im Bildungsbereich beschleunigt wurde. Andererseits bin ich mir sicher, dass die gute Krankenhauslandschaft in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern dieser Welt weiter optimiert werden wird. Ob und welche größeren wirtschaftlichen Folgen die Pandemie hat, werden wir aber erst in den kommenden Jahren sehen.

Zum Schluss ein Blick voraus: Mit welchen Zielen startet die Landtagsfraktion in die neue Legislatur?

Siegfried Borgwardt: Wir wollen die Wahl gewinnen und erneut als stärkste Fraktion in den Landtag einziehen. Unser Ziel ist es, dass es keine Koalition ohne Beteiligung der CDU geben darf. Die CDU-Fraktion ist der Stabilitätsanker im Land und wird auch in der kommenden Legislatur ihrem Dreiklang „Investition, Stabilität und Nachhaltigkeit" treu bleiben. In der politischen Arbeit der nächsten Jahre kann es im Grunde nur um ein Ziel gehen: Die Folgen der Corona-Krise zu bewältigen.

Wo sehen Sie sich persönlich in den nächsten fünf Jahren?

Siegfried Borgwardt: Ich habe lange darüber nachgedacht, ob ich noch einmal für den Landtag kandidieren soll. Das Ergebnis war, dass ich nach 19 Jahren im Parlament auch mit 63 noch richtig Lust darauf habe, unser herrliches Land weiter mitzugestalten. Um nicht missverstanden zu werden: Ich klebe nicht an meinem Platz hier, nein, die Entscheidung über die Qualität meiner Arbeit überlasse ich den Wählern. Und denen sage ich: Ja, ich würde gern noch mal, ich werde euch nicht enttäuschen. Falls mich darüber hinaus aus meiner Fraktion Signale erreichen, dass ich mich auch noch einmal als ihr Vorsitzender einbringen soll, dann werde ich das sehr gern tun. Ich bin zweimal mit sehr guten Ergebnissen gewählt worden, es gibt für mich keinen Grund, an einem dritten guten Ergebnis zu zweifeln. Und ganz nebenbei: Als Ruheständler sehe ich mich nun wirklich noch nicht. Zum Faulenzen bin ich ein viel zu unruhiger Geist.

Markus Kurze

Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Die CDU-Fraktion ist der Stabilitätsanker nicht nur für unsere Regierung und die Landespartei, sondern auch für viele Menschen in unserem Heimatland. Basis dafür ist die kontinuierliche und engagierte Arbeit aller CDU-Abgeordneten in ihren Wahlkreisen und im Parlament. Die Arbeit der Abgeordneten vor Ort und in den jeweiligen Fachbereichen im Landtag zeichnet verlässliche CDU-Politik aus.

In der 7. Wahlperiode veränderte sich vieles: Der Landtag verkleinerte sich auf 43 Wahlkreise. 87 Abgeordnete zogen in das Parlament ein - Überhang- oder Ausgleichsmandate gab es keine. Die CDU (30) blieb stärkste Kraft und hatte plötzlich fast genauso viele Abgeordnete, wie DIE LINKE (16), SPD (11) und Bündnis 90/DIE GRÜNEN (5) zusammen. Die AfD kam mit 25 Parlamentariern neu dazu. Ursprünglich ein Mandat mehr, verloren die LINKEN dieses nach dem endgültig festgestellten Wahlergebnis ebenso, wie ihren Status als größte Oppositionsfraktion, an die AfD. Das alles hatte maßgebliche Auswirkungen auf die Konstituierung des Landtages: es musste sich eine neue Regierungsmehrheit finden. So wurde in Deutschland erstmals die sogenannte Kenia-Koalition aus CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN gebildet. Für die CDU-Fraktion war klar, parlamentarische Spielregeln gelten für alle: Wir werden uns abgrenzen, aber keinen ausgrenzen.

DIE CDU-FRAKTION IST DER STABILITÄTSANKER

Zum neuen CDU-Fraktionsvorsitzenden wurde der Parlamentarische Geschäftsführer (PGF) der 6. Wahlperiode, Siegfried Borgwardt, gewählt und ich wurde sein neuer PGF. In einem viertägigen Telefonmarathon gelang es mir, alle Ausschussbesetzungen, Funktionen und Verantwortlichkeiten innerhalb unserer Fraktion ausgeglichen zu verteilen. Der damalige CDU-Landeschef Thomas Webel und der Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff stellten in einer der ersten Fraktionssitzungen anerkennend fest, dass es erstmals geglückt war, die Fraktionsarbeit ohne Kampfkandidaturen oder Streit beginnen zu können. Schließlich war auch die CDU-Fraktion nach der Wahl geschrumpft. Erstmals verloren wir sehr viele Wahlkreise. Nicht, wie Umfragen prognostizierten, an Rot-Grün, sondern an die AfD.

Die Regierungsbildung vollzog sich nicht so einfach, schließlich waren drei neue Partner programmatisch an vielen Stellen sehr weit voneinander entfernt. Eine große Demonstration der Land- und Forstwirte sowie Jäger gegen ein grünes Landwirtschafts- und Umweltministerium brachte den ersten Knatsch in die Koalitionsverhandlungen. Als PGF bin ich in der ersten Reihe mitmarschiert und konnte die Übergabe der Unterschriften an unseren damaligen Landtagspräsidenten Hardy Peter Güssau begleiten, was den Grünen gar nicht gefiel.

Die Debatten und der Ton im Plenum wurden rauer. Die einen gaben sich die Hände, andere beschimpften sich regelmäßig. Fraktionen verließen den Sitzungssaal aus Protest, andere lachten laut oder spendeten Applaus. Für die Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch eine nicht immer einfach zu lösende Situation. Auf die neue Situation hatten sich aber auch die Arbeitsgruppen mit ihren Sprechern einzustellen. War mit einem Koalitionspartner etwas abgesprochen, bedeutete dies noch lange nicht, dass der dritte im Bunde auch mitmacht.

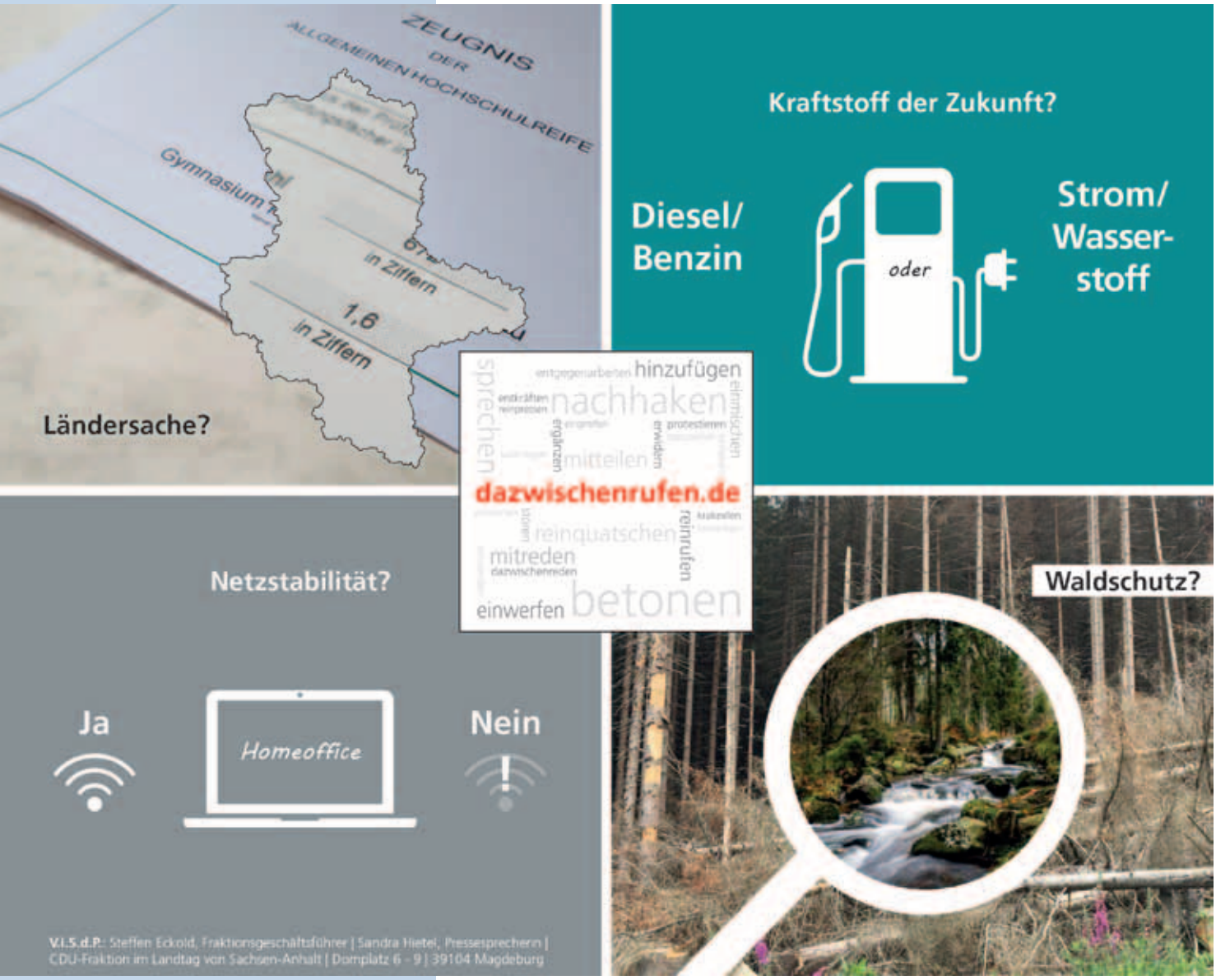
Mit der Parlamentsreform wurde ein umfangreiches Paket von verfassungs-, rechtlichen- und parlamentarischen Änderungen beschlossen, mit dem Ziel, einer lebendigeren Debattenkultur, mehr Transparenz und einer größeren Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungsprozessen. Mit der neuen Legislatur wird der Landtag erneut verkleinert. Mit dem Vorläufer der Parlamentsreform 2014 wurden bereits die Anzahl der Abgeordneten von 91 auf 87 gesenkt. In der 8. Wahlperiode, ab dem Jahr 2021, wird nun die Zahl der Wahlkreise um weitere zwei verringert sowie die Zahl der Abgeordneten von 87 auf 83 reduziert. Dies führt zu Einsparungen in Höhe von ca. 4 Millionen Euro in der siebenten und weiteren 4 Millionen Euro in der achten Wahlperiode. Es gibt mehr Transparenz, denn das Quorum zur Unterstützung eines Volksbegehrens durch die Wahlberechtigten wurde von 9 Prozent auf 7 Prozent abgesenkt und die Verfahren zur Einleitung einer Volksinitiative oder Volksbegehrens vereinfacht.

Daneben können Ausschusssitzungen von jedem Bürger besucht werden, tagen die Ausschüsse doch jetzt öffentlich. Auch die Verfassung des Landes wurde angepasst. So wird die Politik verpflichtet, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen sowie das Klima zu schützen. Mit der Änderung des Artikels 99 der Landesverfassung führen wir die Schuldenbremse ein und wir stellen das Handeln des Parlaments und der Regierung unter das Stichwort „Generationengerechtigkeit“.

Als erstes Bundesland hat Sachsen-Anhalt mit dem Artikel 37a einen Passus gegen die Wiederbelebung oder Verbreitung nationalsozialistischen, rassistischen und antisemitischen Gedankenguts eingeführt. Das Parlament wurde gestärkt, in dem jeder einzelne Abgeordnete jetzt das Recht auf Frage und Auskunft sowie auf Aktenvorlage hat. Zuvor war hierfür eine qualifizierte Ausschussminderheit erforderlich.

Rückblickend ist festzustellen, dass die 7. Wahlperiode wahrlich eine „laute Wahlperiode“ und mit keiner anderen zuvor vergleichbar war. Sie zeigte aber auch, das unsere Demokratie und ihre Grundfeste unerschütterlich sind. Durch die regierungstragenden Fraktionen wurden viele wegweisende Entscheidungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes getroffen. Und das ist ja auch die Aufgabe der Politik: Die Arbeit für die Menschen.

IHRE MEINUNG IST GEFRAGT



„Mit #dazwischenrufen und #StadtLandWolf hat die CDU-Fraktion ihre Bürgerumfragen fortgesetzt.“

Die CDU-Landtagsfraktion ging auch in der siebenten Wahlperiode in eine Dialogoffensive, in deren Mittelpunkt die Bürgermeinung steht. Nachdem bereits im Jahr 2010 und 2015 die größte Bürgerumfrage Sachsen-Anhalts erfolgreich durchgeführt wurde, wollte die CDU-Fraktion im Jahr 2019 und 2020 erneut wissen, was die Menschen in Sachsen-Anhalt bewegt!

Ist das Abitur Ländersache? Welchen Kraftstoff nutzen wir in Zukunft? Tun wir genug für unseren Wald? Was bewegt die Menschen in Sachen Wolf? Dies sind nur einige Fragen, auf die uns die Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts geantwortet haben.

Die Antworten wurden öffentlich präsentiert und sind unter *www.cdufraktion.de* einzusehen. Die CDU-Fraktion hört zu und sieht hin – gestaltet damit Politik für den Bürger.

RAUM FÜR DEBATTEN

„Politik ist der Mut zu Prioritäten.“

Norbert Blüm (1935 - 2020)

MIT UNSERER WIRTSCHAFT SACHSEN-ANHALT ZUKUNFTSFÄHIG GESTALTEN

„Die Corona-Pandemie stellt sowohl die Politik als auch die Wirtschaft vor erhebliche Herausforderungen.“

Die Wirtschaft Sachsen-Anhalts hat sich unter der Führung der CDU-Regierung in der Zeit vor der Corona-Krise positiv entwickelt. Die Arbeitslosigkeit konnte erheblich gesenkt und die wichtigen Wirtschaftsindikatoren, wie das Bruttoinlandsprodukt oder die Produktivität kontinuierlich gesteigert werden. Innerhalb der Kenia-Koalition ist die CDU-Fraktion der Garant dafür, dass die soziale Marktwirtschaft das ordnungspolitische Leitbild für die Wirtschaftspolitik bleibt. Die Corona-Pandemie stellt sowohl die Politik als auch die Wirtschaft vor erhebliche Herausforderungen. Daher werden in den kommenden Jahren zunächst die ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen sein. Von den Mittelständlern, Selbstständigen, Handwerkern und Dienstleistungsunternehmen wird der größte Teil des Steueraufkommens erwirtschaftet. Dank der CDU-Fraktion konnte sich die heimische Wirtschaft in dieser Legislaturperiode auf gute Rahmenbedingungen und eine effiziente Förderpolitik verlassen. Dies ist aus unserer Sicht die beste Basis für die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze sowie für neue Investitionen in Forschung und Entwicklung.

1. FACHKRÄFTEMANGEL BESEITIGEN, UNTERNEHMENSNACHFOLGE ABSICHERN

Gute Fachkräfte sichern Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung, Wohlstand und Lebensqualität. Angesichts der demografischen Entwicklung bleibt die Sicherung des Fachkräftebedarfs eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre für alle Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Das haben wir erreicht:

- Mit der Meistergründungsprämie wollen wir dem Nachwuchs den Weg in das eigene Unternehmen durch Neugründung oder durch eine Bestandsübernahme ebnen. Damit haben wir in Sachsen-Anhalt das kostengünstigste Existenzgründerprogramm Deutschlands umgesetzt.
- Mit den Praktikumsgutscheinen sorgen wir dafür, dass Schüler bereits in der Berufsfindungsphase mit den Unternehmen zusammengebracht werden. Damit stärken wir die duale Berufsausbildung und das Handwerk.

Ulrich Thomas
Vorsitzender der Arbeitsgruppe
Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung (v.l.n.r.):

Lars-Jörn Zimmer, Uwe Harms, Jens Kolze, Dietmar Krause

Tobias Schmidt
Referent

Kontakt:
Kathrin Gartmann
Telefon: 0391 560 20 08
gartmann@cdufraktion.de

2. WENIGER BÜROKRATIE, MEHR UNTERNEHMERISCHE FREIHEIT

Bürokratische Vorgaben kosten unserer Wirtschaft jedes Jahr Zeit, Kraft und viele Millionen Euro. Je kleiner die Unternehmen sind, desto mehr leiden sie unter der Bürokratie. Bürokratische Belastungen sind aus unserer Sicht ein wesentliches Hemmnis für Wachstum und Beschäftigung. Aus diesem Grunde verstehen wir den Bürokratieabbau als Daueraufgabe. Durch die erzielten Einsparungen ermöglichen wir den Unternehmen jene Freiräume, die sie für Innovationen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze benötigen.

Das haben wir erreicht:

- Auf Initiative der CDU-Fraktion haben wir eine Bundesratsinitiative zur Rücknahme der Vorfristigkeit der Sozialversicherungspflicht auf den Stand vor dem Jahr 2005 in den Landtag eingebracht.
- Über eine parlamentarische Initiative haben wir bereits im Jahr 2016 ein umfangreiches Entbürokratisierungskonzept vorgelegt. Zentrale Bestandteile dieses Konzeptes umfassen die Straffung von Statistikpflichten, feste und transparente Fristen zur Bescheidung von Anträgen, eine sog. One in, One out-Regel, die neue Gesetze und Verordnungen nur noch zulässt, wenn an anderer Stelle überflüssige Gesetze abgeschafft werden.
- Bereits in den Koalitionsverhandlungen haben wir dafür gesorgt, dass im Wirtschaftsministerium ein zentraler Ansprechpartner für den Bürokratieabbau benannt wird.
- Beim Landesvergabegesetz halten wir die vergabefremden Kriterien für überflüssig und bürokratisch. Unser Ziel bleibt eine deutliche Verschlankung der bisherigen Regelungen und die praxistaugliche Anhebung der Schwellenwerte. Einen gesetzlichen Mindestlohn auf Landesebene lehnen wir ab.
- Wir haben die Digitalisierung in den Behörden weiter gefördert, um durch digitale Verwaltungsabläufe eine Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungen und Verfahren zu erreichen.
- Die CDU-Fraktion hat das neue E-Government-Gesetz des Landes aktiv vorangetrieben. Das Gesetz ist ein wesentlicher Baustein der Digitalen Agenda des Landes. Landes- und Kommunalverwaltungen haben somit eine rechtliche Grundlage, um ihr elektronisches Verwaltungshandeln rechtssicher zu gestalten.

3. TOURISMUS, ALS WICHTIGER WIRTSCHAFTSMOTOR

Sachsen-Anhalts Tourismus hat sich in den zurückliegenden Jahren bis zur Corona-Krise positiv entwickelt. Unser Bundesland ist mit seiner atemberaubenden Historie sowie mit der Vielzahl an Baudenkmalen eine von in- und ausländischen Gästen gern besuchte touristische Destination. Der Tourismus ist darüber hinaus ein wichtiger Arbeitgeber in strukturschwachen Regionen.

Das haben wir erreicht:

- Die CDU-Fraktion hat sich dafür eingesetzt, die Lutherdekade und das Bauhausjubiläum auskömmlich zu finanzieren.
- Wir haben das Landestourismuskonzept dahingehend überarbeitet, dass wir künftig mit schlankeren Strukturen schnellere Entscheidungen treffen können.
- Das Ganzjahresprojekt Schierke ist für den Oberharz eine wichtige Investition in die touristische Infrastruktur. Die CDU-Fraktion hält weiterhin an dem Projekt fest und wird es auch künftig unterstützen.
- Zur Bewältigung der Corona-Pandemie hat die CDU-Fraktion ein umfangreiches Sofortprogramm erarbeitet, um den Tourismus und die tourismusnahen Dienstleistungen zu unterstützen. Als einzige Fraktion haben wir darüber hinaus ein umfassendes Tourismuskonzept für Sachsen-Anhalt vorgelegt.

4. ZUKUNFTSFÄHIGE HOCHSCHULEN

Die Hochschulen entwickeln und definieren ihre zentrale Rolle in Sachsen-Anhalt im Dialog der gesellschaftlichen Kräfte. In Ausfüllung dieser Rolle erbringen sie Leistungen, die für die wissenschaftliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung unseres Bundeslandes von hoher Bedeutung sind. Die Hochschulen sind für die Nachwuchsgewinnung verantwortlich und mit den medizinischen Fakultäten Teil der medizinischen Versorgung Sachsen-Anhalts.

Das haben wir erreicht:

- Mit den neuen Zielvereinbarungen schaffen wir eine auskömmliche Planungsgrundlage für die Hochschulen Sachsen-Anhalts und stellen eine nachvollziehbare Qualitätssicherung in der Hochschulausbildung sicher.
- Das neue Hochschulgesetz für Sachsen-Anhalt ist die Antwort auf die Herausforderungen einer modernen Wissensgesellschaft und die besten Forschungsstandorte. Der CDU-Fraktion war es wichtig, ein modernes, zeitgemäßes und zukunftsfähiges Hochschulgesetz zu verfassen, um die wissenschaftliche Profilbildung zu fördern und attraktive Rahmenbedingungen für neue Professuren zu erarbeiten.
- Die Regelungen zur Stärkung der Autonomie und zum Berufungsrecht schafft mehr Attraktivität für Lehrkräfte und verbessert die internationale Position der Hochschulen von Sachsen-Anhalt.
- Im Zuge des Hochschulgesetzes haben wir dafür gesorgt, dass die Langzeitstudiengebühren abgeschafft wurden und die Möglichkeiten für die wirtschaftliche Betätigung der Hochschulen erleichtert werden.
- Die im Doppelhaushalt verankerten Investitionspläne an beiden Universitätskliniken sind ein Erfolg parlamentarischer Initiativen der CDU-Fraktion.

5. DIGITALES SACHSEN-ANHALT

Der Ausbau von Breitband und Mobilfunk hat sich seit dem Beginn der Legislaturperiode in Sachsen-Anhalt ver-

bessert. Trotzdem liegt eine flächendeckende Versorgung mit schnellen Datenverbindungen noch nicht vor. Für die Wirtschaft ist es weiterhin wichtig, dass Fachverfahren und Genehmigungen durch die Digitalisierung der Behörden beschleunigt werden.

Das haben wir erreicht:

- Die CDU-Fraktion hat mit der Funklochfinder-App und einer Internetseite, auf der Bürgerinnen und Bürger Funklöcher melden konnten, für eine erhebliche Beschleunigung des Mobilfunkausbaus durch die Betreiber gesorgt. Die Auswertung des Funklochfinders lieferte sowohl der CDU-Fraktion als auch der Landesregierung wichtige Argumente in den Verhandlungen mit den Mobilfunkbetreibern.
- Eine gemeinsame Initiative der CDU-Fraktion mit der CDU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zur Störerhaftung hat im Sommer 2017 eine Änderung des Telemediengesetzes im Deutschen Bundestag ermöglicht. In der Folge führte dies zu einer Stärkung von Freifunk-Anbietern.
- Um den zahlreichen Funklöchern zu begegnen, hat die CDU-Fraktion eine parlamentarische Initiative zum nationalen Roaming eingebracht. Im Kern geht es darum, die Abschottung der Mobilfunknetze aufzuheben, damit sich Mobilgeräte in den nächsten Masten einwählen können. Inzwischen haben sich die Bemühungen der CDU-Fraktion ausgezahlt. Anfang des Jahres haben die Mobilfunkanbieter angekündigt, in dünnbesiedelten Regionen zu kooperieren. Durch die Vereinbarung der Mobilfunkanbieter wird sich der Anteil der Funklöcher deutlich reduzieren.

6. PARLAMENTARISCHE INITIATIVEN

Die CDU-Fraktion hat in der zurückliegenden Legislaturperiode zahlreiche parlamentarischen Initiativen im Sinne von Wirtschaft und Wissenschaft auf den Weg gebracht.

Das haben wir erreicht:

- Die CDU-Fraktion hat sich immer für fairen Wettbewerb und freien Warenhandel ausgesprochen. Parlamentarisch haben wir uns gemeinsam mit der EVP-Fraktion und der CDU-Landesgruppe für die Freihandelsabkommen TTIP und CETA ausgesprochen.
- Gemeinsam mit dem Landesverband der Freien Berufe haben wir eine Große Anfrage zur Situation der Freiberufler in das Parlament eingebracht.
- In moderne Dieselmotoren wird durch die Einspritzung von Harnstoff (AdBlue) in den Abgasstrang der Fahrzeuge eine deutliche Minderung des Stickoxidvergleichs ermöglicht. Kriminelle Speditionen manipulieren diese Einspritzsysteme und sparen somit die Kosten für die Harnstofflösung und werden günstiger bei der Maut eingestuft. Die CDU-Fraktion hat eine parlamentarische Initiative eingebracht, die den Bund auffordert, die Kontrollen zu verstärken und fairen Wettbewerb auf Deutschlands Straßen zu ermöglichen.
- Wir haben uns in allen Debatten zur Zukunft der Automobilindustrie stets gegen Dieselfahrverbote ausgesprochen.
- Angesichts der Zuständigkeit des Landesbergamtes haben wir uns seit dem Beginn der Legislaturperiode für die Beseitigung der ehemaligen DDR-Altlast Brüchau in der Altmark eingesetzt. Auf Vorschlag der CDU-Fraktion hat sich der Landtag von Sachsen-Anhalt einstimmig für die Auskofferung der Bohrschlammgrube gestimmt.
- Auf Anregung der CDU-Fraktion wurde die sog. GRW-Richtlinie praxisgerecht überarbeitet.
- Angesichts der zunehmenden Anzahl von Baustellen im Land haben wir die Landesregierung mit einer parlamentarischen Initiative gebeten, die Baustellenplanung gemeinsam mit den Bund und den Kommunen besser zu koordinieren.
- Gemeinsam mit den Entsorgungsunternehmen haben wir uns für die Rechtssicherheit von Deponiebetreibern im Abfallwirtschaftsplan eingesetzt. Wir werden auch weiterhin die Erschließung dezentraler Deponien einfordern, um einen Entsorgungsengpass für unsere Bauindustrie und das Baugewerbe zu verhindern.

„Bürokratische Belastungen sind aus unserer Sicht ein wesentliches Hemmnis für Wachstum und Beschäftigung.“

GUTE BILDUNG FÜR ALLE

„Kein Kind und kein Erwachsener werden bei uns zurückgelassen – wir wollen jeden fordern und fördern.“

Angela Gorr
Vorsitzende der Arbeitsgruppe
Bildung und Kultur

Die Mitglieder der
Arbeitsgruppe Bildung
und Kultur (v.l.n.r.):

Thomas Keindorf, Carsten Borchert, Eduard Jantos, Detlef Radke

Markus Weilandt
Referent

Kontakt:
Andrea Ludwig
Telefon: 0391 560 20 24
ludwig@cdufraktion.de

Gute Bildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene legt das Fundament für die persönliche Entwicklung, für eine solide Berufsausbildung und für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen. Gute Bildung nimmt den Menschen in seiner Individualität an und berücksichtigt Lebensumstände und Entwicklungsphasen. Kein Kind und kein Erwachsener werden bei uns zurückgelassen – wir wollen jeden fordern und fördern. In der zurückliegenden Wahlperiode haben wir uns deshalb für ein differenziertes, leistungs-, begabungs- und qualitätsorientiertes Bildungswesen eingesetzt, das durch seine Durchlässigkeit immer wieder neue Bildungschancen eröffnet.

Das haben wir erreicht:

- Zur Sicherung von Grundschulstandorten haben wir im Schulgesetz die Einführung eines Grundschulverbundes ermöglicht (2018).
- Wir haben erfolgreich die Weiterentwicklung von Förderschulen im Land Sachsen-Anhalt durchgesetzt und ein zukunftsgerichtetes Förderschulkonzept für den Erhalt unserer Förderschulen und Förderzentren erarbeitet. Unterschiedliche Beeinträchtigungen erfordern individuelle und angemessene Unterstützung: Wir wollen kein Kind zurücklassen! Damit werden wir sowohl dem Gedanken der Inklusion als auch dem Anspruch einer diagnostisch begründeten Beschulung eines jeden Kindes mit sonderpädagogischem Förderbedarf gerecht.
- Wir haben die finanziellen Rahmenbedingungen für Lehrerneueinstellungen geschaffen: In dieser Legislaturperiode wurden im Zeitraum ab 2016 bis zum Schuljahr 2020/2021 mehr als 4.500 Lehrkräfte und 827 pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Betreuungskräfte an den Schulen (befristet wie unbefristet) eingestellt, so viele Beschäftigte wie nie zuvor.
- Wir haben die Flexibilisierung der Lehramtsausbildung für den Seiten- und den Quereinstieg auf den Weg gebracht. Damit wollen wir unter Wahrung des Qualitätsanspruchs die Unterrichtsversorgung verbessern.
- Auf Initiative der CDU wurde ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der Berufsschulen, zur Berufsorientierung und zur Unterstützung von Auszubildenden verabschiedet. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in Wirtschaft und Handwerk.
- Die Novellierung des Erwachsenenbildungsgesetzes stärkt die dritte Säule des Bildungswesens.

KULTURELLES ERBE BEWAHREN – NEUE WEGE GEHEN

Seit 2016 ist ein deutlicher Anstieg der für die Kultur zur Verfügung stehenden Mittel zu verzeichnen. Dies ist neben dem Einsatz der CDU-Fraktion vor allem der Tatsache zu verdanken, dass es seit dieser Legislatur ein eigenständiges Ministerium für Kultur gibt, welches die Bedeutung von Kunst und Kultur für das Bundesland Sachsen-Anhalt stärker als bisher zur Geltung bringt.

Im Bereich Kultur erstreckt sich unser Aufgabenspektrum von den Theatern und Orchestern über die Museen und die Kulturstiftungen bis zur freien Kunstszene im Land Sachsen-Anhalt. Zahlreiche Vor-Ort-Besuche der Arbeitsgruppe begleiten unser Handeln.

Das haben wir erreicht:

- Wir haben in der zurückliegenden Legislatur eine finanziell untersetzte Marketingstrategie auf den Weg gebracht, die es der Landesregierung ermöglicht, wichtige kulturelle Highlights über die Grenzen unseres Bundeslandes hinaus bekannt zu machen. So wurde der Naumburger Dom in das UNESCO-Weltkulturerbe aufgenommen. Damit verfügt Sachsen-Anhalt einmal mehr über eine reiche, international anerkannte Kulturlandschaft.
- Uns ist es gelungen, die Theater- und Orchesterlandschaft in Sachsen-Anhalt mithilfe neuer Verträge bis 2023 mit einem planungssicheren Budget in Höhe von 42,7 Millionen Euro (2023) auszustatten, um so allen Standorten eine gute und verlässliche Perspektive zu geben.
- Die lange geforderte Aufwertung der Landesgeschichte wurde auf Vorschlag der CDU-Fraktion vorgenommen und im Haushalt abgesichert.
- Im Zuge der Bekämpfung der Corona-Pandemie wurden für die betroffenen solo-selbständigen Künstlerinnen und Künstler sowie Kleinunternehmer unbürokratisch finanzielle Mittel bereitgestellt, um ihre Existenz auch in Zeiten einer Notlage zu sichern.
- Uns ist es gelungen, mit dem Bund die Finanzierung eines Sonderinvestitionsprogramms „Kulturstiftung Mitteldeutsche Schlösser und Gärten“ zu vereinbaren. Dieses Programm ermöglicht den Kultureinrichtungen einen nachhaltigen Schub bei ihrer institutionellen Entwicklung und bei ihrer Außendarstellung.
- Wir haben uns dafür eingesetzt, die Bedeutung der Industriekultur für unser Bundesland stärker sichtbar zu machen.

„Seit 2016 ist ein deutlicher Anstieg der für die Kultur zur Verfügung stehenden Mittel zu verzeichnen.“

DEN MENSCHEN IN DEN MITTELPUNKT STELLEN

„Ein besonderer Schwerpunkt unserer Arbeit bildet die Gesundheits- und Pflegepolitik.“

Die CDU-Fraktion setzt auf ein soziales Miteinander in unserer Gesellschaft. Dabei geht es zum einen um das Miteinander der Generationen. Zum anderen geht es um die Ausgleich der unterschiedlichen Interessenlagen in unserer Gesellschaft. Kern unserer Gesellschaft ist dabei die Familie. Überall dort, wo Generationen gegenseitig Verantwortung übernehmen, ist der Staat gefragt, sie im Bedarfsfall zu unterstützen. Gleichzeitig geht es darum, Beratungs- und Hilfsangebote so zu gestalten, dass sie den Bedürfnissen derjenigen gerecht werden, die sie benötigen. Ein besonderer Schwerpunkt unserer Arbeit bildet die Gesundheits- und Pflegepolitik. Nicht nur mit Blick auf die Altersstruktur in unserem Land sind diese Themen für die Menschen von erheblicher Bedeutung. Notwendige qualifizierte medizinische Angebote müssen in allen Teilen unseres Flächenlandes in angemessener Zeit erreichbar sein. Für Menschen mit Behinderung wurden weitere Verbesserungen erreicht. Dabei gilt für uns der Grundsatz „Nichts über uns, ohne uns“. Bezüglich der Integration von Behinderten war und ist es für uns wichtig, dass dieser Prozess Anstrengungen von allen Beteiligten bedarf. Neben der Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung ist der soziale Arbeitsmarkt ein wichtiges Themenfeld. Die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt bleibt oberste Priorität. Mit der Stärkung des Verbraucherschutzes wollen wir die Menschen in unserem Land vor gefährlichen Produkten und den daraus resultierenden Gefahren schützen.

1. KINDERBETREUUNG

Die Betreuungsquoten in den Krippen, Kindergärten und Horten liegen in Sachsen-Anhalt deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Damit werden die Betreuungs- und Bildungsangebote zum einen wertgeschätzt und zum anderen dem Bedarf gerecht.

Das haben wir erreicht:

- Das Kinderförderungsgesetz wurde in unterschiedlichen Bereichen weiterentwickelt, darunter der Einstieg in die Verbesserung des Betreuungsschlüssels.
- Durch die Ausweitung der Geschwisteregel und weitere Regelungen konnte eine Entlastung der Eltern bei den Beiträgen für die Kinderbetreuung erreicht werden.
- Gestärkt wurde die Rolle der Elternvertretungen bei der Gestaltung des Betriebs der Kindertageseinrichtungen.

Tobias Krull
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit, Soziales und Integration

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Arbeit, Soziales und Integration (v.l.n.r.):
Angela Gorr, Bernhard Bönisch, André Schröder, Hardy Peter Güssau

Markus Weilandt
Referent

Kontakt:
Andrea Ludwig
Telefon: 0391 560 20 24
ludwig@cdufraktion.de

- Mit unterschiedlichen Programmen wurde der Einstieg in das Berufsbild der Erzieherin/des Erziehers attraktiver gestaltet. Dazu gehört die Abschaffung der entsprechenden Ausbildungsgebühren.

2. ARBEITSMARKT

Bis Anfang des Jahres 2020 war die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Sachsen-Anhalt eine Erfolgsgeschichte. Die Anzahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter erreichte neue Höchststände. Die wirtschaftlichen Verwerfungen der vergangenen Monate durch die Corona-Pandemie haben auch auf dem Arbeitsmarkt in unserem Bundesland deutliche Spuren hinterlassen. Instrumente wie das Kurzarbeitergeld haben geholfen, die negativen Folgen für die Beteiligten zu mildern und das qualifizierte Personal in den Unternehmen zu halten.

Das haben wir erreicht:

- Mit Landesprogrammen wurde es Menschen ermöglicht, wieder einen Weg zurück auf den ersten Arbeitsmarkt zu finden. Für uns ist Arbeit mehr als nur eine Möglichkeit des Lohnerwerbs. Uns geht es vor allem um die Fragen der gesellschaftlichen Teilhabe und der Selbstverwirklichung.
- Die duale Berufsausbildung liegt uns besonders am Herzen. Deswegen war deren Stärkung und damit die Gewährleistung eines guten Einstiegs von jungen Menschen ins Berufsleben einer der Schwerpunkte unserer Arbeitsmarktpolitik.

3. GESUNDHEIT UND PFLEGE

Kaum ein Thema bewegt die Menschen so sehr, wie eine gute medizinische Versorgung. Dazu gehört nicht nur die ärztliche Versorgung direkt vor Ort, sondern auch eine erreichbare Krankenhausversorgung in unserem Bundesland. Das gilt ebenso für den kinder- und jugendmedizinischen Bereich. Immer mehr Menschen sind auf Pflege angewiesen. Unser Ziel ist, dass die Menschen solange wie möglich

in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können und das pflegende Angehörige unterstützt werden.

Das haben wir erreicht:

- Durch die Einführung einer Landarztquote bei der Vergabe von Medizinstudienplätzen soll die ärztliche Versorgung flächendeckend gestärkt werden.
- Zur Unterstützung des öffentlichen Gesundheitsdienstes wollen wir weitere Medizinstudienplätze an diejenigen vergeben, die sich hier beruflich engagieren wollen.
- Durch die Einführung von digitalen Lösungen wurde die Versorgung von Notfällen verbessert.
- Erste Schritte zum Abbau des Investitionsstaus an den Krankenhäusern in unserem Land wurden unternommen. Klar ist aber auch, dass es noch großer Anstrengungen bedarf, diesen weiter abzubauen. Um dabei die richtigen Entscheidungen zu treffen, haben wir einen „Zukunftsplan Krankenhaus" vorgeschlagen. Die Patienten- und Versorgungssicherheit hat hier oberste Priorität.
- Mit dem Runden Tisch Pflege haben wir alle Beteiligten an einen Tisch geholt, um die vorliegenden Probleme zu ermitteln und anzugehen. Mit Projekten wie „Pflege im Quartier" ging es um die Stärkung der Pflege nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär".
- Das Pflegeberufsgesetz wurde in Sachsen-Anhalt umgesetzt. Zentraler Punkt für uns: Die Auszubildenden müssen kein Schulgeld für ihre Ausbildung in Pflegeberufen mehr bezahlen.

4. KINDER- UND JUGENDPOLITIK

Junge Menschen und ihre Interessen müssen ernst genommen werden. Deshalb sind ihre Belange durch eine angemessene Beteiligung an Entscheidungen zu berücksichtigen.

Das haben wir erreicht:

- Bei der Erarbeitung des 7. Kinder- und Jugendberichts des Landes Sachsen-Anhalt, der die Basis für das jugendpolitische Programm des Landes bildet, wurden junge Menschen aktiv eingebunden.
- Neben der Verbesserung der Finanzierung der Beratungsstellen und Interessenvertretungen wurden Vorhaben, wie „Jugend Macht Zukunft" und „Landeszentrum Jugend + Kommune" auf den Weg gebracht, um jungen Menschen Beteiligungsmöglichkeiten zu verschaffen.

5. FAMILIENPOLITIK

Für uns ist die Familie der Kern eines funktionierenden Gemeinwesens. Dabei sind die unterschiedlichen Bedarfslagen der Familien zu berücksichtigen.

Das haben wir erreicht:

- Die Arbeit der Familienverbände wurde nachhaltig unterstützt.
- Das Gesetz zur Familienförderung und zur Förderung sozialer Beratungsstellen des Landes Sachsen-Anhalt wurde verändert um Familien, auch durch entsprechende Beratungsangebote zu unterstützen.

6. BEHINDERTENPOLITIK

Menschen mit Behinderungen sind Teil unserer Gesellschaft. Ihre besonderen Bedürfnisse müssen zum Beispiel bei Bauprojekten von Anfang mitgedacht werden.

Das haben wir erreicht:

- Mit der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Sachsen-Anhalt haben wir den Weg dafür geebnet, dass Menschen mit Behinderungen, egal ob sie in Einrichtungen leben oder nicht, ihre berechtigten Interessen besser durchsetzen können.
- Mit der neuen Landesfachstelle für Barrierefreiheit verfolgen wir das Ziel, den Alltag für Menschen mit Behinderung zu erleichtern.
- Die Leistungen des Behinderten- und Gehörlosengeldes wurden erhöht.

7. EHRENAMT

Das Ehrenamt in der Gesellschaft ist so vielfältig wie das Leben selbst. Allen ehrenamtlich Engagierten gebührt nicht nur unser Dank, sondern auch unsere Unterstützung.

Das haben wir erreicht:

- Mit der Ehrenamtsstrategie des Landes haben wir die Basis geschaffen, um das Ehrenamt in Sachsen-Anhalt weiter zu stärken und an die neuen Herausforderungen anzupassen.
- Die Arbeit der Freiwilligenagenturen im Land haben wir weiter gestärkt.

„Für uns ist die Familie der Kern eines funktionierenden Gemeinwesens."

SICHER LEBEN IN SACHSEN-ANHALT

„Das Sicherheitsgefühl der Menschen ist Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität.“

Chris Schulenburg
Vorsitzender der Arbeitsgruppe
Inneres und Sport

Die Mitglieder der
Arbeitsgruppe Inneres
und Sport (v.l.n.r.):

Bernhard Bönisch, Carsten Borchert, Tobias Krull, Angela Gorr

Sebastian Schmalenberg
Referent

Kontakt:
Viola Reuscher
Telefon: 0391 560 20 09
reuscher@cdufraktion.de

Die Innere Sicherheit ist ein Schwerpunktthema der politischen Arbeit der CDU-Landtagsfraktion. Wir haben gezielt Initiativen ergriffen, um Bürgerrechte und Bürgerfreiheiten vor Gewalt, Kriminalität, Rechtsbruch und Extremismus zu schützen. Wir wollen, dass sich die Menschen in Sachsen-Anhalt ohne Angst vor Straftaten und Gewalt sicher und zu Hause fühlen. Das Sicherheitsgefühl der Menschen ist Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität und ein entscheidender Standortfaktor für die Wirtschaft und für zukünftige Investitionen in Sachsen-Anhalt.

1. STÄRKUNG DER LANDESPOLIZEI

Die Polizei in Sachsen-Anhalt ist ein verlässlicher Partner für unsere Bürgerinnen und Bürger und der Garant für die Sicherheit. Die Polizei genießt in der Bevölkerung aufgrund ihrer hervorragenden Arbeit ein hohes Vertrauen. Die bürgernahe Arbeit unserer Polizei muss in der gesamten Fläche unseres Landes gewährleistet bleiben. Für uns ist entscheidend, dass die Polizei dann vor Ort ist, wenn sie gebraucht wird.

Das haben wir erreicht:

- Wir haben die Zielzahl von 6.400 Polizeivollzugsbeamten im Polizeivollzug im Landeshaushalt festgelegt. Zur Verstärkung der Landespolizei haben wir die Zahl der jährlichen Neueinstellungen deutlich erhöht und die Ausbildungskapazitäten für Polizeianwärter an der Fachhochschule der Polizei entsprechend ausgebaut. Die Zahl der Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten in Sachsen-Anhalt ist seit dem Jahr 2019 erstmals wieder ansteigend. Auch durch externe Neueinstellungen, z. B. bei der Bundeswehr ausscheidende Feldjäger und IT-Experten, haben wir den Personalbestand erhöht. Damit haben wir den Grundstein für eine langfristige Personalstärke von 7.000 Polizeivollzugsbeamten gelegt.
- Mit der Polizeistrukturreform 2020 wurden neue Organisationsstrukturen entwickelt, die es ermöglichen, die polizeilichen Aufgaben effektiv und effizient zu erfüllen. Wir haben die polizeilichen Strukturen in der Fläche an die regionalen Erfordernisse angepasst, die Arbeit der Polizei landesweit für mehr Bürgernähe optimiert und die Einhaltung angemessener Reaktionszeiten gewährleistet.
- Die Ausstattung der Polizei wurde in den vergangenen Jahren umfassend erneuert und ersetzt. Dazu gehören zum Beispiel die Ausrüstung mit Helmen, der Körperschutz und die Standardpistole, die Beschaffung von Polizeibooten sowie die Beschaffung eines weiteren Polizeihubschraubers.

2. STÄRKUNG DES VERFASSUNGSSCHUTZES

Der Schutz der Verfassung ist für den Fortbestand unseres demokratischen Gemeinwesens unabdingbar. Eine wehrhafte Demokratie tritt allen Feinden einer offenen Gesellschaft gleichermaßen entschieden entgegen. Wir gehen mit allen rechtlichen Mitteln gegen Verfassungsfeinde, Antisemiten, Rechts- und Linksextremisten, religiöse Extremisten vor, die unser demokratisches Gemeinwesen schädigen wollen. Akzeptanz und verharmlosende Einstellungen gegenüber Extremismus lehnen wir ab. Wir verfolgen die Strategie „Null Toleranz für Extremisten".

Das haben wir erreicht:

- Zur Gewährleistung einer transparenten Organisationsstruktur und einer wirkungsvollen demokratischen Kontrolle haben wir das Verfassungsschutzgesetz umfassend novelliert.

3. STÄRKUNG DER FEUERWEHREN UND DES RETTUNGSDIENSTES

Auf unsere hauptamtlichen und freiwilligen Kräfte im Brand- und Katastrophenschutz sowie beim Rettungsdienst ist Verlass. Die Feuerwehren in Sachsen-Anhalt sind das Fundament für den flächendeckenden Brand- und Katastrophenschutz im Land. Sie sind da, wenn sie gebraucht werden. In Sachsen-Anhalt ist trotz des demografischen Wandels ein funktionierender Rettungsdienst und eine hohe Qualität in der Notfallrettung gewährleistet.

Das haben wir erreicht:

- Zur Sicherstellung des in vielen Kommunen ehrenamtlich organisierten Brandschutzes haben wir das Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz umfassend novelliert. Bei Einstellungen der Gemeinde können Mitglieder des Einsatzdienstes dieser Gemeinde bevorzugt berücksichtigt werden und Feuerwehrleute dürfen bis zum 67. Lebensjahr im aktiven Dienst bleiben, wenn sie es möchten.
- Die gesetzliche kommunale Verpflichtung, leistungsfähige Feuerwehren aufzustellen und zu unterhalten, haben wir stets unterstützt. Im laufenden Haushaltsjahr 2021 stellt das Land für die Feuerwehren rund 11,8 Millionen Euro bereit. Für das Jahr 2022 sind insgesamt 13,9 Millionen Euro und für das Jahr 2023 13,4 Millionen Euro finanzielle Unterstützung vorgesehen. Für das Institut für Brand- und Katastrophenschutz (IBK) Heyrothsberge ist für die Jahre 2021 bis 2023 eine Gesamtförderung in Höhe von 20,7 Millionen Euro vorgesehen.
- Wir haben uns dafür eingesetzt, eine Förderung von Feuerwehrgerätehäusern und die Schaffung von Löschwasserentnahmestellen aus EU-Mitteln mit einer Fördersumme von 100 Prozent der förderfähigen Gesamtausgaben zu ermöglichen. Dafür werden für die Jahre 2022 und 2023 voraussichtlich rund 12 Millionen Euro ergänzend für die Feuerwehren in Sachsen-Anhalt zur Verfügung stehen. Gefördert werden können mit den ELER-Mitteln Gemeinden oder Gemeindeteile bis 10.000 Einwohner. Das Geld kann für kleinere Feuerwehrhäuser mit wenigen Stellplätzen verwendet werden.
- Wir haben uns für die Anpassung der Kommunal-Entschädigungsverordnung eingesetzt. Die festgelegten Höchstbeträge für Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich tätige Mitglieder von Freiwilligen Feuerwehren des Landes Sachsen-Anhalt wurden angehoben. Die Erhöhung der Entschädigungs-Höchstbeträge ist vor allen Dingen eine Würdigung der Arbeit der ehrenamtlich tätigen Kameradinnen und Kameraden unserer Freiwilligen Feuerwehren. Die ehrenamtliche Wahrnehmung der Aufgaben im Brandschutz durch die Kommunen wird angemessen gewürdigt. Gleichzeitig wird nicht vom Grundsatz der unentgeltlichen Aufgabenwahrnehmung des Ehrenamtes abgewichen.
- Mit der Änderung des Rettungsdienstgesetzes haben wir unter anderem das neue Berufsbild des Notfallsanitäters gesetzlich verankert. Damit wird der fortschreitenden medizinischen Entwicklung Rechnung getragen und die Qualitätsstandards erhöht. Für den Patienten wird weiterhin eine bestmögliche Notfallversorgung gewährleistet. Die Hilfsfrist von 12 Minuten bleibt unangetastet.

4. STEUERUNG UND ORDNUNG IN MIGRATIONSFRAGEN

Die CDU-Fraktion steht in der Flüchtlingspolitik für Steuerung und Ordnung, aber auch zur rechtlichen und humanitären Verpflichtung. Wir halten an dem Asylgrundrecht und an dem Flüchtlingsschutz der Genfer Flüchtlingskonvention fest. Flüchtlingsschutz ist Schutz auf Zeit und muss im Normalfall in einer Rückkehr in das Herkunftsland enden, wenn der Fluchtgrund entfallen ist. Der Flüchtlingsschutz muss so ausgestaltet sein, dass er nicht als Einladung zur generellen Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen missverstanden werden kann. Ein Bleiberecht für alle lehnen wir strikt ab. Kein Land der Welt kann unbegrenzt Schutzsuchende aufnehmen, daher sprechen wir uns nachhaltig für eine Integrationsobergrenze für tatsächlich Schutzbedürftige aus.

„Sie sind da, wenn sie gebraucht werden.“

Das haben wir erreicht:

- Mit der Novellierung des Aufnahmegesetzes wurde die Wohnverpflichtung in der Erstaufnahme auf grundsätzlich 18 Monate verlängert, um die freiwillige bzw. zwangsweise Rückkehr zu fördern und gleichzeitig die Kommunen zu entlasten.
- Mit dem Land Niedersachsen konnte die Gestellung von Abschiebeplätzen als Übergangslösung bis zur Inbetriebnahme einer landeseigenen Abschiebeeinrichtung vereinbart werden.
- Auf Bundesebene haben wir uns für die Festschreibung einer aktiven Mitwirkungspflicht im Asylverfahren und für die Einschränkung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte sowie für eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit Herkunftsstaaten bei der Rückführung und den Datenaustausch eingesetzt.

5. DIE STRASSENAUSBAUBEITRÄGE SIND ABGESCHAFFT

Kaum ein Thema hat die Bürger in den letzten Monaten so bewegt wie die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Intensive Beratungen wurden auf kommunaler Ebene und in mehreren Landtags- und Ausschusssitzungen geführt. Initiatoren einer Volksinitiative wurden ebenso angehört.

Das haben wir erreicht:

- Wir haben die Erhebung der Beiträge für Verkehrsanlagen (Straßen, Wege, Plätze sowie selbständige Grünanlagen und Parkeinrichtungen) und der wiederkehrenden Beiträge, rückwirkend zum 1. Januar 2020, abgeschafft.

DIE JUSTIZLANDSCHAFT UNSERES LANDES STÄRKEN

„Mit der Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes haben wir den Rechtsschutz gestärkt.“

Jens Kolze
Vorsitzender der Arbeitsgruppe
Recht, Verfassung und Gleichstellung

Eine effiziente Justiz, ihre Unabhängigkeit und ihre Bürgernähe sind für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Funktionsfähigkeit unseres Rechtsstaates wesentlich. Die CDU-Landtagsfraktion hat dazu beigetragen, dass die Justiz ihre vielfältigen Aufgaben erledigen kann. Dies gilt für die Gerichte, die Staatsanwaltschaften, den Justizvollzug und die Sozialen Dienste der Justiz im Land.

1. FEINKONZEPT PERSONALSTRATEGIE

Damit die Justiz zuverlässig arbeitet, muss sie mit hinreichend Personal ausgestattet sein und sich dabei zeitgemäßer Arbeitsmittel und -methoden bedienen können.

Das haben wir erreicht:

■ Durch das eingeführte Feinkonzept zur Personalstrategie in der Justiz des Landes Sachsen-Anhalts haben wir ein Umsteuern erreicht, um die bis zum Jahr 2030 zu erwartenden hohen Altersabgänge zu kompensieren. Die stetigen Neueinstellungen werden sich auf die Verfahrenszeiten positiv auswirken. Durch vorgezogene Einstellungen haben wir Altersabgänge kompensiert, eine bessere Altersstruktur in der Justiz geschaffen und einen Wissenstransfer, der in den nächsten Jahren altersbedingt ausscheidenden Richtern und Staatsanwälten ermöglicht.

2. ÄNDERUNG LANDESVERFASSUNGSGERICHTSGESETZ

Das Landesverfassungsgericht ist ein, den anderen Verfassungsorganen gegenüber, selbständiger und unabhängiger Gerichtshof des Landes.

Das haben wir erreicht:

■ Mit der Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes haben wir den Rechtsschutz gestärkt. Bürgerinnen und Bürger können jetzt mit einer Individualverfassungsbeschwerde zum Landesverfassungsgericht nicht nur Grundrechtsverletzungen durch den Gesetzgeber rügen, sondern auch Grundrechtsverletzungen durch Entscheidungen der Verwaltung oder der Gerichte zum Beschwerdegegenstand machen.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Recht, Verfassung und Gleichstellung (v.l.n.r.):

Detlef Gürth, Chris Schulenburg, Daniel Sturm, Andreas Schumann

Sebastian Schmalenberg
Referent

Kontakt:
Viola Reuscher
Telefon: 0391 560 20 09
reuscher@cdufraktion.de

3. OPFERSCHUTZ

Niemand darf als Opfer einer Straftat allein gelassen werden. Sie haben ein Recht auf Schutz und Unterstützung. Die im Sozialen Dienst der Justiz Sachsen-Anhalts flächendeckend tätigen Opfer- und Zeugenberater erfahren für ihre Tätigkeit bundesweit hohe Anerkennung.

Das haben wir erreicht:

■ Für eine bessere Transparenz der Opferhilfestrukturen haben wir den Zugang zu den vorhandenen Hilfe- und Beratungssystemen erleichtert und bestehende Angebote noch bekannter gemacht.

■ Mit der Bestellung einer Landesopferbeauftragten und der Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für die Opfer und deren Angehörige in Fällen von Terrorismus und sonstigen auf Straftaten beruhenden Großschadensereignissen gewährleisten wir, dass Opfer von Straftaten nicht durch ein Hilferaster fallen. Wir haben durch verschiedene Maßnahmen zur Verzahnung der Opferschutzstrukturen im Land beigetragen.

4. SCHUTZ VOR GEWALT UND STÄRKUNG DER FRAUENHÄUSER

Wir werden uns immer dafür einsetzen, weiblichen Opfern, die von physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt oder Stalking betroffen sind sowie deren Kindern, in Gefährdungssituationen Zuflucht zu bieten.

Das haben wir erreicht:

■ Wir haben fortwährend die Frauenhäuser, Beratungs- und Interventionsstellen, insbesondere unter Berücksichtigung der mitbetroffenen Kinder und der besonderen Situation der Flüchtlingsfrauen, verlässlich finanziell gefördert.

5. UMSTELLUNG AUF DIGITALE PROZESSE

Eine zeitgemäße Arbeit in der Justiz erfordert die Umstellung auf digitale Prozesse, sowohl in der Kommunikation zwischen den Beteiligten (elektronischer Rechtsverkehr) als auch bei der Arbeitsweise der einzelnen Akteure (elektronische Aktenführung). Die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs, insbesondere die elektronische Aktenführung, wird langfristig einen Effizienzgewinn für Gerichtsverfahren bedeuten.

Das haben wir erreicht:

■ Bei allen Gerichten und Staatsanwaltschaften in Sachsen-Anhalt ist zum 1. Januar 2018 die Empfangsbereitschaft für formbedürftige elektronische Eingänge gewährleistet und der elektronische Rechtsverkehr nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen generell eröffnet. Bis 2026 werden wir den elektronischen Rechtsverkehr in der Justiz medienbruchfrei umsetzen und auf elektronische Aktenbearbeitung umstellen.

6. OPFER DES SED-REGIMES UNTERSTÜTZEN

Wir stehen an der Seite der Opfer des SED-Unrechtregimes. Die Aufarbeitung des SED-Unrechtsregimes ist, insbesondere aus Sicht der Opfer, nicht abgeschlossen. Einen Schlussstrich lehnen wir ab. Daher werden wir an dem Amt der „Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur" langfristig festhalten.

Das haben wir erreicht:

■ Wir haben uns für die Aufhebung der Antragstellungsfrist zur Rehabilitierung in den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen gemeinsam mit den ostdeutschen Bundesländern stark gemacht. Der Bundestag hat die Fortführung der strafrechtlichen, verwaltungsrechtlichen oder beruflichen Rehabilitierung von Opfern rechtsstaatswidriger Maßnahmen in der DDR auch über den 31. Dezember 2019 hinaus beschlossen.

„Niemand darf als Opfer einer Straftat allein gelassen werden. Sie haben ein Recht auf Schutz und Unterstützung.“

LEISTUNGSFÄHIGE UND INNOVATIVE INFRASTRUKTUR

„Investitionen in die Infrastruktur sind Investitionen in die Entwicklung des Landes.“

Frank Scheurell
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Landesentwicklung und Verkehr

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Landesentwicklung und Verkehr (v.l.n.r.):
Daniel Sturm, Hardy Peter Güssau, Andreas Schachtschneider, Frank Bommersbach

Foto: © M. Schumacher, Magdeburg

Natascha Scheele
Referentin

Kontakt:
Jacqueline Drewes
Telefon: 0391 560 20 11
drewes@cdufraktion.de

Die vielen Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt sind sowohl liebens- als auch lebenswert. Gute Mobilität sowie gleichwertige Lebensverhältnisse haben für die CDU-Fraktion hohe Priorität. Um dieses weiterhin zu gewährleisten, hat sich die CDU-Fraktion u. a. für Investitionen in die Infrastruktur des Landes stark gemacht. Die Änderung der Landesbauordnung war uns ebenso im Bereich der Kleinen Bauvorlagenberechtigung wichtig. Handwerker und Techniker aus Sachsen-Anhalt werden nunmehr ihren westdeutschen Kolleginnen und Kollegen gleichgestellt.

1. LEISTUNGSFÄHIGE VERKEHRSWEGE SICHERN

Investitionen in die Infrastruktur sind Investitionen in die Entwicklung des Landes. Sachsen-Anhalt braucht mit seiner zentralen Lage leistungsfähige Verkehrswege, um in Deutschland und Europa wettbewerbsfähig zu bleiben. Darum treiben wir den Ausbau der Infrastruktur entschlossen weiter voran.

Das haben wir erreicht:

- Ein großer Erfolg dieser Legislatur ist der geschlossene Vergleich zwischen dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Landesregierung für den Ausbau der A 14. Durch ihn konnte die A 14 in Richtung Norden weitergebaut werden.
- Für alle weiteren Autobahnabschnitte der A 14-Nordverlängerung besteht nunmehr Baurecht.
- Die Genehmigung zum Weiterbau der A 143, Westumfahrung Halle, konnte abgeschlossen werden. Der Netzschluss zwischen der A 14 und der A 38 wird voraussichtlich bis zum Jahr 2025 realisiert werden.

2. INFRASTRUKTURGESELLSCHAFT AUTOBAHN

Ab dem Jahr 2021 werden Bundesautobahnen nicht mehr in Auftragsverwaltung durch die Länder, sondern in Bundesverwaltung geführt. Mit dem Fernstraßen-Bundesamt in Leipzig und der Niederlassung Ost der Infrastrukturgesellschaft Autobahnen in Halle profitieren die ostdeutschen Bundesländer.

Das haben wir erreicht:

- In verschiedenen Landtagsinitiativen haben wir uns für die Einrichtung dezentraler und regionaler Organisationseinheiten stark gemacht.
- Die CDU-Fraktion hat sich dafür eingesetzt, dass das Personal des Landes durch den Bund in der neuen Gesellschaft übernommen wird.

■ Beim Aufbau der Bundesinfrastrukturgesellschaft haben wir viel Wert auf Transparenz gelegt.

3. INNOVATIVE VERKEHRSLEITSYSTEME UND TECHNOLOGIEN

Straßen und Autobahnen verursachen Lärm, Emissionen und bedeuten einen Eingriff in die natürliche Umgebung von Tieren und Pflanzen. Moderne Technologien und innovative Verkehrsleitsysteme für unsere Straßen sind deshalb wichtig.

Das haben wir erreicht:

■ Die CDU-Fraktion achtet genau darauf, dass neben dem Neubau notwendiger Straßenverkehrsachsen in Sachsen-Anhalt bestehende Straßen und Brücken instandgehalten und Schäden so schnell wie möglich ausgebessert werden.

■ Wir sorgen dafür, dass die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen unseres Landes nicht hinter den Interessen des Natur- und Umweltschutzes zurückstecken müssen. Das bedeutet, dass die Lärmbelastung durch innovative Verkehrsleitsysteme und Technologien für alle Beteiligten so gering wie möglich gehalten wird.

4. MOPED MIT 15 UND RADVERKEHRSSYSTEM

Das Auto, das Fahrrad und insbesondere das Moped sind für junge Menschen sehr beliebte und wichtige Fortbewegungsmittel.

Das haben wir erreicht:

■ Der durch die CDU-Fraktion in Sachsen-Anhalt initiierte Modellversuch „Moped mit 15“ wird von den Jugendlichen in den mitteldeutschen Ländern sehr gut angenommen. Neben Sachsen und Thüringen beteiligen sich mittlerweile auch Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern an diesem Modellprojekt.

■ Mit dem Radverkehrswegeplan hat das Land konkrete Zielmarken auch für die Stärkung des nicht-motorisierten Individualverkehrs festgeschrieben.

■ In der Verantwortung der CDU wurden erhebliche Mittel in unserem Land seit dem Jahr 2002 in den Neubau und die Instandsetzung von Radwegen an Bundes- und Landesstraßen gesteckt. Insgesamt sollen 126 Radwege mit einer Gesamtlänge von 317 km im Geltungszeitraum bis zum Jahr 2030 geplant und gebaut werden.

■ Die Förderung von Lastenfahrrädern war ein voller Erfolg und der Radverkehrsanteil auf unseren Straßen wurde erhöht. So können nun auch schwerere Güter mit dem Fahrrad transportiert werden. Lastenräder sind eine gute und zugleich preiswerte Alternative zum Auto.

5. STÄDTEBAUFÖRDERUNG UND LANDESENTWICKLUNG VORANGEBRACHT

Der Stadtumbau, der städtebauliche Denkmalschutz und die Aktivierung der Stadt- und Ortsteilzentren sind nach wie vor die Schwerpunkte innerhalb der Städtebauförderung, um lokale und regionale Identitäten zu sichern. Die städtebauliche, infrastrukturelle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Gemeinden sollen so gestärkt werden.

Das haben wir erreicht:

■ Um Wildwuchs, insbesondere von Windkraftanlagen zu verhindern, wurden die Genehmigungs- bzw. Raumordnungsbehörden in die Lage versetzt, dem Einhalt gebieten zu können. Dafür wurde das Landesentwicklungsgesetz geändert.

■ Im Bereich der Städtebauförderung konnten wir aufgrund zusätzlicher Mittel des Bundes mehr Geld in den Haushalt einstellen.

6. KLEINE BAUVORLAGENBERECHTIGUNG DURCHGESETZT

Um das Meisterhandwerk zu stärken, war es der CDU-Fraktion ein besonderes Anliegen die Kleine Bauvorlagenberechtigung in Sachsen-Anhalt einzuführen. Die Einführung der Kleinen Bauvorlagenberechtigung erweitert die Rechte des Handwerks, beschleunigt Bauprozesse und verringert Baukosten, da kein zusätzlicher Architekt oder Ingenieur beauftragt werden muss. Der Bauberuf kann so wieder mehr an Bedeutung gewinnen, um dem Fachkräftebedarf langfristig gerecht zu werden.

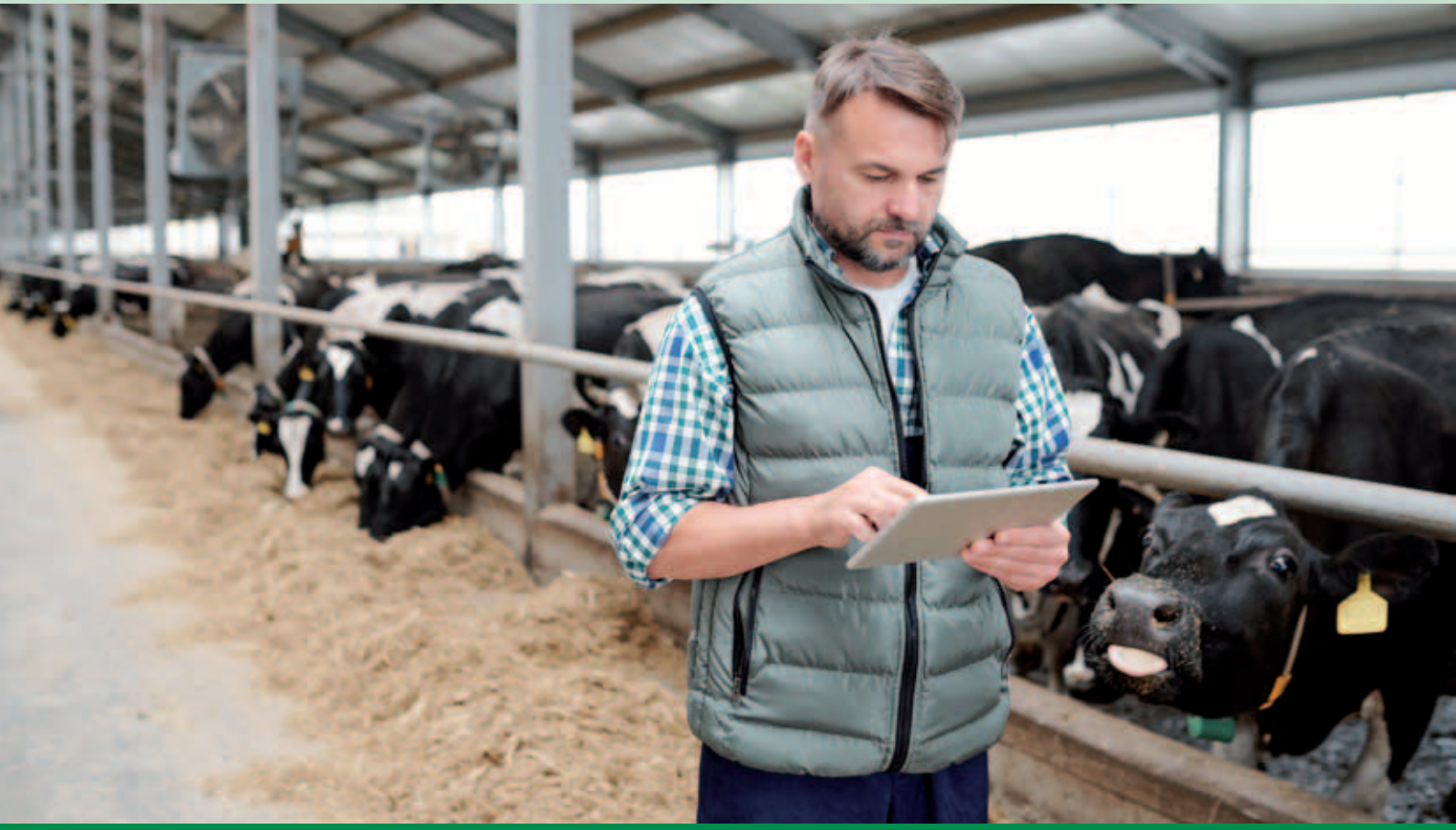
Das haben wir erreicht:

■ Die Änderung der Landesbauordnung berücksichtigt nun auch Handwerksmeister und Bautechniker bei der Erstellung von kleineren Bauvorlagen. Die Kleine Bauvorlagenberechtigung soll Technikern und Handwerksmeistern zustehen und wird nicht über die Musterbauordnung geregelt, sondern ist Teil der Landesbauordnungen. Sachsen-Anhalt ist das erste mitteldeutsche Bundesland, dass Handwerker und Techniker aus Sachsen-Anhalt, seinen westdeutschen Kollegen gleichstellt.

■ Für die Errichtung von Bauwerken jeglicher Art sind Genehmigungsplanungen notwendig. Um den Aufwand bei der Bearbeitung gering zu halten, dürfen nur bauvorlagenberechtigte Personen entsprechende Planungen anfertigen, unterzeichnen und bei den zuständigen Behörden einreichen.

■ Durch die Anerkennung der beruflichen Fähigkeiten der Meister und Techniker ist ein kleiner Schritt getan, um einen zusätzlichen Anreiz für die handwerkliche Ausbildung zu schaffen.

„Sachsen-Anhalt braucht mit seiner zentralen Lage leistungsfähige Verkehrswege, um in Deutschland und Europa wettbewerbsfähig zu bleiben.“



UNSERE LAND- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT SIND DAS RÜCKGRAT DES LÄNDLICHEN RAUMES

„Unsere Heimat Sachsen-Anhalt hat eine langjährige land- und forstwirtschaftliche Tradition.“

Unsere Heimat Sachsen-Anhalt hat eine langjährige land- und forstwirtschaftliche Tradition. Die Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei und der Gartenbau sorgen für eine flächendeckende und nachhaltige Landbewirtschaftung. Sie produzieren gesunde und hochwertige Lebensmittel, Rohstoffe und Energie. Zusätzlich übernehmen sie ökologische Aufgaben sowie Dienstleistungs- und Ausgleichsfunktionen für unsere Gesellschaft, die Natur und die Umwelt. Für die Menschen im ländlichen Raum sind die Land- und Forstwirte als Arbeitgeber unverzichtbar. Die Land- und Forstwirtschaft sowie das land- und forstwirtschaftliche Eigentum und die Jagd sind wichtige Identifikationsfaktoren der Menschen in Sachsen-Anhalt und sichern den ländlichen Wegebau und deren Pflege. Ziel der Politik der CDU-Fraktion ist, die Rahmenbedingungen für eine weitere nachhaltige Entwicklung unserer land- und forstwirtschaftlichen Betriebe aktiv zu gestalten.

1. REGIONALE ERNÄHRUNG FÖRDERN

Unsere Land- und Ernährungswirtschaft ist ein stabiler regionaler Wirtschaftsfaktor. Den Verkauf und die Versorgung der Bevölkerung mit regionalen Produkten wollen wir weiter ausbauen und Initiativen, z. B. zum Aufbau von Netzwerken zur Direktvermarktung im ländlichen Raum, stärken. Durch zielgerichtete Projekte soll die Landwirtschaft als systemrelevanter Grundversorger unterstützt und ein Abwandern der Produktion ins Ausland verhindert werden.

Das haben wir erreicht:

- Mit der Beteiligung am Schulobst-EU-Förderprogramm für Schulen und Kindertagesstätten führen wir unsere Kleinsten an gesunde, regionale Ernährung heran. Neben der Möglichkeit mehrmals pro Woche Obst, Gemüse und/oder Milch zu erhalten, ging es vor allem um die Vermittlung einer gesunden Ernährungsweise sowie um die Wertschätzung heimischer Lebensmittel.
- Die Corona-Pandemie und der damit einhergehende fehlende Absatzmarkt für Wildfleisch durch geschlossene gastronomische Einrichtungen ließ auch die Jagdstrecke signifikant zurückgehen. Zur Unterstützung der Jäger und der Vermarktung von Wildfleisch hat sich die CDU-Fraktion für eine Verbesserung der Vermarktung von Wildfleisch sowie der Einführung einer Abschussprämie für Schwarzwild eingesetzt.

Dietmar Krause
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (v.l.n.r.):

Bernhard Daldrup, Detlef Radke, Guido Heuer, Andreas Schumann

Jens Geyer-Ließ
Referent

Kontakt:
Andrea Ludwig
Telefon: 0391 560 20 24
ludwig@cdufraktion.de

„Die Wertschöpfung in der Landwirtschaft sollte möglichst im Ort bzw. in der Region bleiben."

- Die in dieser Legislatur begonnene Projektarbeit an einer Förderkulisse für Sonderkulturen „5 mal 5000 ha" werden wir in der kommenden Wahlperiode zu einem erfolgreichen Abschluss bringen, um die Wertschätzung regionaler Produkte zu erhöhen und Absatzmöglichkeiten abseits des Preisdumpings der Lebensmittelketten zu schaffen.
- Die CDU-Fraktion hat sich dafür eingesetzt, dass die Förderungen in der Aus- und Fortbildung des Nachwuchses der sogenannten „Grünen Berufe" verstetigt wird. Derzeit haben bereits eine Vielzahl von Landwirten Grund und Boden für Förderung der Forschung an Sonderkulturen zur Verfügung gestellt.

2. TIERWOHL IST HANDLUNGSMAXIME

Eine artgerechte Nutztierhaltung soll im Einklang mit dem Tierschutz und der Wirtschaftlichkeit stehen sowie durch den Dialog mit den Landwirten und allen Akteuren weiterbefördert werden. Die CDU-Fraktion unterstützt aktiv die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit, um das Verständnis der Bevölkerung für die Nutztierhaltung zu stärken.

Das haben wir erreicht:

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion ist in Iden ein Kompetenzzentrum für artgerechte Tierhaltung mit modernen Ställen

bei der Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau entstanden. Ein Beratungsprogramm soll gleichzeitig eine tierwohlorientierte Haltung fördern.

3. DER ERHALT UND WIEDERAUFBAU KLIMASTABILER WÄLDER IST EINE GENERATIONENAUFGABE

Anhaltende Trockenheit, Stürme sowie der massive Befall von Bäumen durch den Borkenkäfer haben zu einer erheblichen Schädigung der Wälder unseres Landes geführt. Der Erhalt und Wiederaufbau klimastabiler Wälder ist eine Generationenaufgabe. Zur Rettung des Waldes hat die CDU-Fraktion das zuständige Ministerium bei der Umsetzung von Maßnahmen zum Erhalt des Waldes unterstützt und eigene Lösungsvorschläge eingebracht.

Das haben wir erreicht:

- In vielen Landesteilen ist der Wald von Schäden betroffen. Durch fehlende Totholzberäumung insbesondere im Nationalpark Harz besteht im Brandfall höchste Lebensgefahr für die Einsatzkräfte. Zur Erarbeitung von Lösungsvorschlägen hat die CDU-Fraktion eine Waldkonferenz in Schierke durchgeführt. Im Ergebnis dieser Konferenz wurden entsprechende Forderungen erarbeitet und dem zuständigen Ministerium übergeben. In der Umsetzung dieser Forderungen konnte eine verstärkte Förderung aller betroffenen Waldbesitzer bei der Schadensbeseitigung und Wiederaufforstung erreicht werden.
- Auf Druck der CDU-Fraktion konnte mit Hilfe von Fördermitteln in Höhe von 15 Millionen Euro für 2020 aus Bundes- und Landesmitteln (GAK und ELER) die Beräumung der Wälder und eine Aufforstung mit klimaresilienteren Baumarten beginnen.
- Auf Initiative der CDU-Fraktion wurde die Kampagne des Nationalparks Harz „Berti Borkenkäfer – ich schaffe Wildnis“ eingestellt. Der Borkenkäfer ist einer der größten Forstschädlinge und richtet in der heutigen Forstwirtschaft nach Massenvermehrung starke Schäden in den Wäldern an.

4. GRUND UND BODEN STÄRKEN

Die Wertschöpfung in der Landwirtschaft sollte möglichst im Ort bzw. in der Region bleiben. Das Engagement außerlandwirtschaftlicher Akteure auf dem Bodenmarkt und die in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Pacht- und Bodenpreise betrachten wir mit Sorge.

Das haben wir erreicht:

- Die CDU-Fraktion tritt für eine Novellierung der recht-

lichen Rahmenbedingungen des Grundstücksverkehrs in Sachsen-Anhalt ein. Die Einbringung des Gesetzentwurfs zum Agrarstrukturgesetz hat eine umfangreiche Diskussion aller Beteiligten in Gang gesetzt. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Erfordernisse und Bedürfnisse der Landwirte stärkere Berücksichtigung in der Überarbeitung des vorliegenden Entwurfs eines Agrarstrukturgesetz finden und dieses an die Erfordernisse der Landwirtschaft anpassen. Dies erfolgt im engen Austausch u. a. mit den davon betroffenen Verbänden des ländlichen Raums.

■ Die CDU-Landtagsfraktion hat auf die Einrichtung eines Fonds für den Umgang mit Extremwetterereignissen (Extremwetterereignisfonds) gedrängt. Dieser Extremwetterereignisfonds ist nunmehr eingerichtet und gewährt Dürrebeihilfen.

■ Wir haben uns in der bestehenden Förderperiode für eine praxisnahe und bürokratiearme Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik eingesetzt.

■ Im März 2020 hat der Bundesrat einer Verschärfung der Düngeverordnung zugestimmt. Erhöhte Nitratkonzentrationen (rote Gebiete) lassen sich jedoch nicht eindeutig auf die Landwirtschaft als alleiniger Verursacher schließen. Die CDU-Fraktion hat in ihren Anträgen im Landtag und in den Ausschüssen auf die zahlreichen Mängel des Messstellennetzes hingewiesen und eine Anpassung der Gebietskulisse durch das zuständige Ministerium erwirkt.

5. SEUCHENPRÄVENTION IST LANDESAUFGABE

Mit dem erstmaligen Nachweis des Virus der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in unserem Nachbarbundesland ist ein Eintrag in einen sachsen-anhaltischen Hausschweinbestand möglich und fordert von uns verstärkte Maßnahmen zum Schutz der Tierbestände.

Das haben wir erreicht:

■ Auf Initiative der CDU-Fraktion wurde die Seuchenprävention zur Landesaufgabe erhoben. Ein umfangreiches Maßnahmenpaket für die Jägerschaft sowie die Land- und Fleischwirtschaft wurde auf den Weg gebracht. Auf Hinweis der CDU-Fraktion wurden feste Zäune sowie Kadaverabdeckhauben für den Seuchenfall durch das zuständige Ministerium angeschafft.

■ Die Reduzierung des Schwarzwildbestandes und die lückenlose Beprobung von Fall-, Unfall- und erlegtem Wild sind adäquate Mittel zur Reduzierung des Eintragsrisikos. Auf unsere Initiative hin wurde eine Streckenprämie für Schwarzwild eingeführt und die Gebühren für die Trichinenschau durch das Land übernommen.

6. JAGDRECHT WEITERENTWICKELT UND WOLFSMANAGEMENT WEITER QUALIFIZIEREN

Das Jagdrecht von Sachsen-Anhalt ist ein anerkanntes und solides Recht, welches die Interessen der Landeigentümer mit denen der Jäger vereint und zur Aufrechterhaltung eines artgerechten Wildbestandes beiträgt.

Das haben wir erreicht:

■ In dieser Wahlperiode wurden weitere invasive Arten in das Jagdrecht (z. B. Nilgans) zum Schutz der heimischen Wildtiere aufgenommen. Dies hat auch zu einer Reduzierung der Schäden in Flora und Fauna beigetragen.

■ Auf Antrag der CDU-Fraktion ist es den Jagdberechtigten nunmehr zum Eigenschutz als auch zum gesundheitlichen Schutz ihrer Jagdhunde möglich, mit Schalldämpfern zu jagen. Die Genehmigung von Nachtsichtgeräten geht ebenso auf das Engagement der CDU-Fraktion zurück.

■ Sachsen-Anhalt zählt zu einer der wolfsreichsten Regionen Europas. In der Veranstaltungsreihe „Blickwinkel Wolf" lud die CDU-Fraktion betroffene Tierhalter, Züchter und Anwohner zu einem Erfahrungsaustausch mit renommierten Wolfsexperten. Die zusammengetragenen Fakten flossen in ein Positionspapier und bilden die Grundlage für notwendige gesetzliche Regelungen.

■ Die von uns durchgeführte Umfrage ***www.Stadt-Land-Wolf.de*** bestätigte unser Anliegen, wonach die Bestandsgröße festgelegt und die Anerkennung des günstigen Erhaltungszustandes festgestellt werden müssen. Eine Überführung des strengen Schutzstatus des Wolfs aus Anhang VI in Anhang V der FFH-Richtlinie wurde durch die CDU-Fraktion angeregt und auf Bundesebene angesprochen. Ziel der CDU-Fraktion ist, den Schutzstatus des Wolfes in der nächsten Wahlperiode zu verändern.

„Der Erhalt und Wiederaufbau klimastabiler Wälder ist eine Generationenaufgabe."

UMWELT, KLIMA- UND NATURSCHUTZ MIT MASS UND MITTE

„Nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist nur gemeinsam mit Umwelt- und Klimaschutz sinnvoll.“

Andreas Schumann
Vorsitzender der Arbeitsgruppe
Umwelt und Energie

Die Mitglieder der
Arbeitsgruppe Umwelt
und Energier (v.l.n.r.):
Detlef Radke, Bernhard Daldrup, Carsten Borchert, Detlef Gürth

Jens Geyer-Ließ
Referent

Kontakt:
Andrea Ludwig
Telefon: 0391 560 20 24
ludwig@cdufraktion.de

Der Schutz von Mensch, Natur und Umwelt ist unser ureigenstes Anliegen. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist nur gemeinsam mit Umwelt- und Klimaschutz sinnvoll. Wir setzen uns daher nicht nur für eine ökologische, sondern auch für eine soziale Marktwirtschaft ein. Dieses Modell verfolgt, mit verstärkter Forschung und Entwicklung, gezielten Anreizsystemen und Förderprogrammen, bürgerschaftlichem Engagement sowie einem umweltorientierten ordnungspolitischen Rahmen, die vorgegebenen Umweltziele. Wir wollen im Dialog mit allen Beteiligten das Zusammenwirken von Ökologie und Ökonomie verbessern und günstige Rahmenbedingungen zum beiderseitigen Vorteil schaffen.

1. ENERGIEERZEUGUNG UND KLIMASCHUTZ SIND CHANCE UND MOTOR

Sachsen-Anhalt hat bei der Erzeugung von Wind- und Solarstrom schon heute einen Spitzenplatz inne. Die CDU-Fraktion wird daher auch in Zukunft den maßvollen Ausbau regenerativer Energiearten fördern. Wir setzen uns aber auch für eine Stromerzeugung ein, die sich an der Prämisse einer wettbewerbsfähigen und sozialverträglichen Preisentwicklung und des technisch Möglichen orientiert. Der Klimawandel betrifft uns alle und darf nicht als regionales oder gar örtliches Problem gesehen werden.

Das haben wir erreicht:

- Im Bewusstsein endlicher Kohlevorkommen und als Antwort auf klimatische Anforderungen hat sich die CDU-Fraktion massiv für die Interessen unseres Landes beim Strukturwandel eingesetzt. Unser Land erhält als eines der vom Kohleausstieg am stärksten betroffenen Ländern bis zu 4,8 Milliarden Euro an den Fördermitteln.
- Mit dem Programm zum Strukturwandel in der Kohleregion ist eine umfangreiche Förderung nachhaltiger und zukunftsorientierter Projekte zur Nachnutzung der Kohlereviere, Entwicklung von neuen Technologien und Wirtschaftsansiedlungen geplant.
- Mit dem Klimaschutz- und Energiekonzept (KEK) wurden ehrgeizige Landesziele formuliert, die den Ausstoß klimaschädigender Treibhausgase und den Verbrauch der begrenzt verfügbaren natürlichen Ressourcen reduzieren. Die CDU-Fraktion hat dafür gesorgt, dass Sachsen-Anhalt in der Klima- und Umwelttechnologie sowie in der Erforschung alternativer Energieerzeugungsmethoden eine zentrale Stellung in Deutschland einnimmt.

2. DAS GRÜNE BAND – ERINNERUNGSKULTUR UND NATURSCHUTZ VEREINT

Das Gesetz zum Grünen Band wurde u. a. auf der Grundlage seiner historischen Bedeutung erarbeitet. Die ehemalige innerdeutsche Grenze vereint auf Drängen der CDU-Fraktion jetzt Erinnerungskultur mit dem Naturschutz.

Das haben wir erreicht:

■ Auf Initiative der CDU-Fraktion kennzeichnet das im Landtag verabschiedete Gesetz zum Grünen Band ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Erinnerungskultur und dem Naturschutz. Für die CDU-Fraktion hat die Erinnerungskultur an die Trennung beider deutschen Staaten und den vielen Toten an der innerdeutschen Grenze oberste Priorität. Das Grüne Band bildet die geeignete Form, an die innerdeutsche Teilung zu erinnern. Die CDU-Fraktion hat mit der Verabschiedung des Gesetzes erreicht, dass die Integration der Eigentumsflächen der Beteiligten freiwillig und in freier Entscheidung der Eigentümer erfolgt. Die Eigentümer werden dadurch vor möglichen Enteignungen sowie unnötigen Nutzungseinschränkungen geschützt.

4. NATURA 2000 - BEITRAG ZUM ERHALT DER BIOLOGISCHEN VIELFALT

Sachsen-Anhalt ist zur Ausweisung und Umsetzung von Natura 2000-Gebieten verpflichtet, um einen Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt in der Europäischen Union zu leisten. Durch die Ausweisung wurde ein Netz von Schutzgebieten geschaffen, welches über 11 Prozent der Landesfläche entspricht.

Das haben wir erreicht:

■ Die CDU-Fraktion hat sich dafür eingesetzt, dass für entstehende Nutzungseinschränkungen das Land Sachsen-Anhalt einen Erschwernisausgleich gewährt und eine detailscharfe Abtrennung der betroffenen Flurstücke in die Natura 2000-Gebietskulisse vorgenommen wird.

5. ZUKUNFTSSICHERE ENTSORGUNG

Unser Land braucht eine moderne Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft im Bereich der Abfallwirtschaft.

Das haben wir erreicht:

■ Unter Federführung der CDU-Landtagsfraktion wurden mehrere Fachgespräche mit Experten aus Wirtschaft und Verwaltung durchgeführt, in deren Ergebnis wirtschaftsfeindliche Verschärfungen des Abfallgesetzes verhindert werden konnten.

■ Die Schachtanlage Morsleben stellt für die Bevölkerung jetzt und in Zukunft eine spürbare Belastung dar. Die CDU-Fraktion hat sich deshalb für das Gesetz über die staatliche Stiftung des öffentlichen Rechts „Zukunftsfonds Morsleben“ (Morsleben Stiftungsgesetz – MorsStG) stark gemacht und dieses mit den Koalitionspartnern beschlossen. Über den Zukunftsfonds sollen Nachteile mit Mitteln des Bundes finanziell ausgeglichen werden.

6. HOCHWASSERSCHUTZ IST BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

Bei der Umsetzung von Hochwasserschutzmaßnahmen steht der Schutz des Menschen stets im Vordergrund. Grundlage dafür bildet in Sachsen-Anhalt die Hochwasserschutzkonzeption (HWSK2020). Trotz Natur- und Artenschutz wird gemeinsam mit den zuständigen Akteuren nach praktikablen Lösungsmöglichkeiten gesucht. Die Menschen entlang der Flüsse können sicher sein, dass der Schutz von Leben sowie Hab und Gut Vorrang in Sachsen-Anhalt hat.

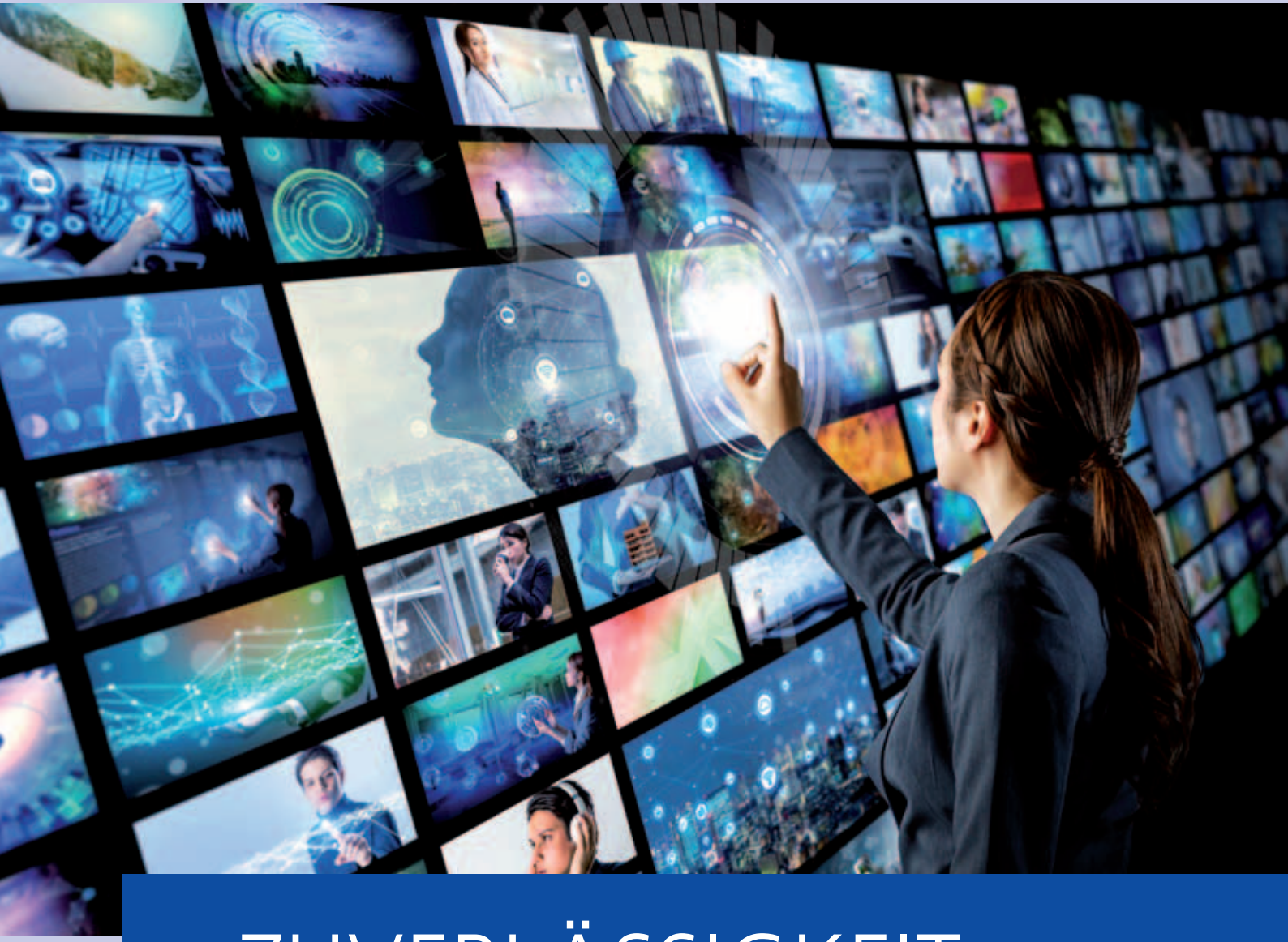
Das haben wir erreicht:

■ Die finanzielle Bilanz zum Hochwasserschutz in Sachsen-Anhalt zeigt, dass unter maßgeblicher Mitwirkung der CDU-Landtagsfraktion seit dem Elbehochwasser im Jahr 2002 bis heute mehr als 1 Milliarde Euro in den Hochwasserschutz investiert wurden. Das unterstreicht die großen Anstrengungen der Landesregierung zur stetigen Verbesserung des Hochwasserschutzes.

■ In Sachsen-Anhalt werden weiterhin erhebliche Anstrengungen zur Beseitigung der Schäden an wasserwirtschaftlichen Anlagen des Landes aus dem Hochwasser im Jahr 2013 unternommen. Derzeit befinden sich noch 203 Maßnahmen in der Umsetzung.

■ Die CDU-Fraktion hat sich intensiv mit dem Stauregime an der Talsperre Stausee Kelbra befasst. Die Anhörungen und die Einbeziehung aller Betroffenen vor Ort im Rahmen eines „Runden Tisches“ sollen die Interessen aller bündeln. Ziel ist, ein vollständiges Ablassen des Stausees nur dann zu erlauben, wenn der Hochwasserschutz und die Wasserqualität es erfordern. Zusätzliche oder länger vorgehaltene Flachwasserzonen, die touristische Aktivitäten und kommunale Investitionen infrage stellen, lehnt die CDU-Fraktion konsequent ab. Oberste Priorität für die CDU-Fraktion hat der Schutz der Menschen und des Eigentums vor Hochwasser. Der Vogelschutz ist zwar sehr bedeutend, steht aber einem Schutz der Menschen nach.

„Der Schutz von Mensch, Natur und Umwelt ist unser ureigenstes Anliegen.“



ZUVERLÄSSIGKEIT FÜR EIN STARKES UND WETTBEWERBSFÄHIGES SACHSEN-ANHALT

„Die Aufgabe der Medienpolitik ist es, eine vielfältige und für die Zukunft gut aufgestellte Medienlandschaft sicherzustellen.“

1. MEDIEN ALS BEDEUTENDE INFORMATIONSQUELLE

Der freie Zugang zu unterschiedlichen Informationsquellen hat für ein demokratisches Gemeinwesen entscheidende Bedeutung für den Meinungsbildungsprozess aller Bürgerinnen und Bürger des Landes. Die CDU-Fraktion steht zu einer unabhängigen und vielfältigen Medienlandschaft, bestehend aus dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und privaten, lokalen sowie landesweiten Medienanbietern. Dazu gehören die Verlage, die Bürgermedien und neue online-gestützten Medienangebote. Aufgabe der Medienpolitik ist es, eine vielfältige und für die Zukunft gut aufgestellte Medienlandschaft sicherzustellen.

Um die Akzeptanz gegenüber dem Rundfunkbeitrag bei den Beitragszahlern zu erhöhen, verfolgen wir als CDU-Fraktion das Ziel, Einsparmöglichkeiten und Strukturmaßnahmen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk umzusetzen. Für die CDU-Fraktion steht außer Frage, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten richtig und wichtig sind. Doch in den vergangenen Jahren sind diese zu groß und zu teuer geworden.

Das haben wir erreicht:

- Die CDU-Fraktion spricht sich seit Jahren gegen die Erhöhung des Rundfunkbeitrages aus und hat sich immer dafür eingesetzt, dass der Rundfunkbeitrag auch 2021 stabil bleibt. Sehr konsequent hielten wir an unserem Standpunkt gegen eine Beitragserhöhung fest und verhinderten letztlich die Erhöhung der Rundfunkgebühren für Gesamtdeutschland.
- In Gesprächen mit den Verantwortlichen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks haben wir Strukturveränderungen erörtert und Impulse zu Reformen gesetzt. Mit großem Interesse verfolgen und unterstützen wir die nun in Gang gebrachten Debatten über strukturelle und zukunftsorientierte Reformen.

2. UKW-SENDENETZBETRIEB ALS BASIS FÜR DAS VOLKSMEDIUM RADIO

Die Media Broadcast als größter deutscher Anbieter für Bild- und Tonübertragungen hat sich als Betreiber des UKW-Sendernetzbetriebs zurückgezogen und die UKW-Sendeanlagen an private Unternehmen veräußert. Die Sendernetzbetreiber, Programmanbieter und Antennenbesitzer standen somit vor Preisverhandlungen. Diese gestalteten sich sehr schwierig.

Markus Kurze
Vorsitzender der Arbeitsgruppe
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien (v.l.n.r.):

Daniel Sturm, Detlef Gürth, Lars-Jörn Zimmer, Jens Kolze

Foto: © M. Schumacher, Magdeburg

Natascha Scheele
Referentin

Kontakt:
Jacqueline Drewes
Telefon: 0391 560 20 11
drewes@cdufraktion.de

Media Broadcast drohte mit einer Abschaltung des Sendebetriebs. Der Verkauf der UKW-Sendeanlagen durch die Media Broadcast stellt eine erhebliche Substanzgefährdung der Radiosender in unserem Bundesland dar.

Das haben wir erreicht:

- Die CDU-Fraktion hat sich von Anfang an dafür eingesetzt, dass die Radiosender beim Verkauf der UKW-Sendeanlagen durch die Media Broadcast GmbH nicht mit drastischen Preisanstiegen konfrontiert werden.
- Durch den Einsatz der CDU-Fraktion wurde eine vernünftige Lösung vermittelt, um das Radio über UKW weiterhin als Volksmedium zu erhalten.

3. DIGITALISIERUNG ALS FORTSCHRITT DES INFORMATIONSAUSTAUSCHES

Wir machen uns stark, dass die flächendeckende Versorgung mit noch schnelleren Breitbandanschlüssen in Sachsen-Anhalt zügiger gewährleistet wird. Eine zunehmende Digitalisierung vieler Lebensbereiche erfordert andererseits auch die Optimierung der Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger. Sie umfasst für uns nicht nur die Stärkung des Bewusstseins für die Chancen der Digitalisierung, sondern auch die damit verbundenen Herausforderungen - insbesondere beim Daten- und Urheberrechtsschutz. Durch die stärkere Vermittlung von Medienkompetenz wollen wir unsere Kinder bereits früh im Umgang mit der medialen Welt und dem Internet fit machen.

Das haben wir erreicht:

- Die CDU-Fraktion steht für die Stärkung des Netzwerkstelle Medienkompetenz bei der Medienanstalt Sachsen-Anhalt. Die fortschreitenden technologischen Möglichkeiten zum schnellen Austausch von Videos, Bildern und Texten macht eine Überwachung im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes unausweichlich.
- Der Breitbandausbau im Land ist vorangeschritten. So ist eine Vielzahl von Schulen und Behörden bereits angeschlossen worden.
- Die CDU-Fraktion steht für die Novellierung der Breitbandrichtlinie des Landes und drängt auf eine Neuerung ab 2023.

4. STARK IM BUND UND ZUVERLÄSSIG IN EUROPA

Die Einbindung unseres Landes in ein starkes und gemeinschaftliches Europa ist die beste Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Sachsen-Anhalt ist ein weltoffener Partner in einem starken, handlungs- und wettbewerbsfähigen, demokratischen und sozialen Europa. Auch wenn die Liste der Handlungsfelder seitens der EU lang ist, gilt es, diese anzupacken.

Das haben wir erreicht:

- Wir tragen dazu bei, dass sich die EU wieder auf ihre Kernaufgaben konzentriert und sich nicht länger in ausufernder Bürokratie verliert.
- Wichtigstes Mittel des Landtages ist die Überwachung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips. Anhand dessen überprüfen wir, ob die EU zuständigkeitshalber überhaupt tätig werden darf.

5. EUROPE DIRECT INFORMATIONSZENTREN

Der CDU-Fraktion ist klar, das Vertrauen in die EU muss durch transparente Entscheidungen und eine bessere Einbeziehung der Menschen in die Entscheidungsprozesse gestärkt werden. Wir sind stolz darauf, dass wir als Land Bestandteil des europaweiten Netzwerkes der Europe Direct Informationszentren (EDIC) sind. Zwei Bewerbungen aus Sachsen-Anhalt waren erfolgreich und bieten nun die Möglichkeit, den Europagedanken intensiver in die Bevölkerung zu transportieren.

Dadurch wird es uns zukünftig noch einfacher sein:

- das Profil unseres Landes zu schärfen,
- Mitgestaltungsmöglichkeiten wahrzunehmen und
- zu europapolitischen Themen Stellung zu beziehen.

6. EUROPÄISCHER BINNENMARKT

Der europäische Binnenmarkt mit seinem freien Personen-, Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr ist für die Menschen in Europa eine große Chance. Um diese Chancen nutzen zu können, ist die Vermittlung interkultureller Kompetenz bei gleichzeitig klarem Wertebewusstsein zwingende Voraussetzung.

Das haben wir erreicht:

- Die EDIC werden dazu beitragen, die Vermittlung interkultureller Kompetenz bei gleichzeitig klarem Wertebewusstsein noch intensiver und deutlicher hervorzuheben. So gelingt es uns, den Austausch zwischen den Menschen in unserem Land und in Europa zu fördern.
- In unserer parlamentarischen Arbeit haben wir uns als CDU-Fraktion immer dafür eingesetzt, dass:
europäische Förderprogramme zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sowie zur weiteren Aufwertung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts genutzt werden.
- internationale Kontakte und Partnerschaften unseres Landes mit Staaten und Regionen innerhalb und außerhalb Europas auf- und ausgebaut werden.
- das Europabewusstsein und die interkulturelle Kompetenz der Bürgerrinnen und Bürger unseres Landes gestärkt werden.

„Der Breitbandausbau im Land ist vorangeschritten.“

GENERATIONSBEWUSSTES HANDELN SETZT VERANTWORTUNGSVOLLEN UMGANG MIT LANDES-FINANZEN VORAUS

„Erst kommt das Erwirtschaften und dann das Verteilen.“

Guido Heuer
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Finanzen

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Finanzen (v.l.n.r.):

Andreas Schachtschneider, Frank Bommersbach, Harry Lienau, Frank Scheurell

Yvonne Stachon
Referentin

Kontakt:
Viola Reuscher
Telefon: 0391 560 20 09
reuscher@cdufraktion.de

Die CDU-Fraktion setzt sich seit jeher für solide Landesfinanzen ein. Unser Motto: Erst Erwirtschaften, dann Verteilen. Die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte darf nicht dadurch gefährdet werden, dass Schulden aufgenommen werden, die später von unseren Kindern und Enkelkindern bezahlt werden müssen. Wir tragen die Verantwortung, dass auch Folgegenerationen die Möglichkeit haben, ohne Lasten der Vergangenheit eigene Schwerpunkte zu setzen. Steuererhöhungen sind für uns keine Option. Sie treffen vor allem den Mittelstand und verhindern Investitionen. Das Festhalten an der schwarzen Null ist keineswegs eine veraltete Floskel. Die Corona-Krise zeigt einmal mehr die Wichtigkeit, in Notsituationen auf finanzielle Rücklagen zurückgreifen zu können.

1. AUSKÖMMLICHE FINANZAUSSTATTUNG DER KOMMUNEN

Die Gemeinden, Städte und Landkreise bilden das Rückgrat unseres Landes. Dort wird Wertschöpfung generiert und Daseinsvorsorge betrieben; dort findet Engagement für das Gemeinwohl und kulturelle Arbeit statt. Deshalb wollen wir das Wohlergehen unserer kommunalen Landschaft erhalten und fördern.

Das haben wir erreicht:

- Zu Beginn der 7. Wahlperiode wurde das Finanzausgleichsgesetz (FAG) novelliert und die Finanzausgleichsmasse festgeschrieben. Für die Kommunen Sachsen-Anhalts steht jährlich für die Jahre 2017 bis 2021 ein Festbetrag von 1,628 Milliarden Euro zur Verfügung, der für eine hohe Planungssicherheit sorgt. Das ist einmalig in Deutschland.
- Im Rahmen der Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2020/2021 wurde auf Initiative der CDU-Fraktion die Investitionspauschale für die Jahre 2020 und 2021 um 160 Millionen Euro aufgestockt. Diese Mittel sind für die Kommunen frei verwendbar und stützen die kommunale Selbstverwaltung.

2. INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT UNSERES LANDES

Für die Wirtschaft unseres Landes sind zukunftssichere Investitionen systemrelevant. Sie schaffen den Wohlstand für die Bürger. In Zeiten von Corona rückt der Gesundheitssektor besonders in den Fokus. Bereits vor der Krise erkannten wir, dass der Gesundheitssektor ein essentieller Baustein der Daseinsvorsorge ist. Deshalb haben wir z. B. die große Baumaßnahme „Herzzentrum Magdeburg“ an der Uniklinik auf den Weg gebracht.

Die Unikliniken sind ein wesentlicher Standortfaktor Sachsen-Anhalts. Sie stehen für Forschung, Lehre und medizinische Innovation im Land. Zur Erfüllung ihrer Funktionen bedürfen sie aber auch einer soliden Finanzausstattung für die medizinische Versorgung der Bevölkerung.

Das haben wir erreicht:

■ Die Unikliniken Magdeburg und Halle können ihren Investitionsstau weiter abbauen. Der Bau des Herzzentrums, des integrierten Notfallzentrums, der Hautklinik und zahlreiche weitere Baumaßnahmen sind durch Beschlüsse im Parlament finanziell abgesichert.

■ Für die letzte Etappe der Teilmaßnahme „Neubau Herzzentrum" stehen seit Ende September 2020 insgesamt knapp 118 Millionen Euro bereit.

■ Die CDU-Fraktion setzt sich für den Erhalt der medizinischen Versorgung, vor allem im ländlichen Raum, ein. Um notwendige Investitionen zu tätigen, werden für die nächsten Jahre 150 Millionen Euro für die Krankenhausfinanzierung bereitgestellt. Mit dem noch ausstehenden Krankenhausplan soll die Krankenhauslandschaft in Sachsen-Anhalt auf krisensichere und zukunftsorientierte Beine gestellt werden, die nicht nur die Quantität, sondern vor allem die Qualität der Kliniken im Fokus hat. Auf diese Weise wird den Bürgerinnen und Bürgern die bestmögliche medizinische Behandlung geboten.

3. STARKES HANDELN IN DER CORONA-KRISE

Das Herunterfahren der Wirtschaft in Folge der Corona-Pandemie hat einem großen Teil der arbeitenden Bevölkerung die finanzielle Grundlage genommen. Die durch Schließungen von Geschäften und Betrieben bedingten Steuermindereinahmen haben auch in den kommunalen Haushalten zu hohen Defiziten geführt. Als Land sind wir in der Verantwortung, allen Betroffenen zu helfen.

Das haben wir erreicht:

■ Zu Beginn der Corona-Krise haben wir im April 2020 einen Nachtragshaushalt mit einem Volumen von 500 Millionen Euro verabschiedet, um die Folgen der PPandemie zu bewältigen. Mit der Höhe der Summe sind wir auf Sicht gefahren und haben nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft im Blick.

■ Die CDU-Fraktion hat dafür gesorgt, dass alle Kommunen ihren Eltern die KiTa- und Hortbeiträge für April sowie für die Monate Januar und Februar 2021 erlassen konnten, da das Land die Einnahmeausfälle kompensiert hat.

■ Zum Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle haben die Gemeinden im Dezember 2020 insgesamt 162 Millionen Euro vom Bund und Land erhalten. Auf diese Weise blieben die Kommunen auch in der Krise weiter handlungsfähig.

■ Zusätzlich wurden den Gemeinden Mittel i.H.v. knapp 40 Millionen Euro aus dem Ausgleichsstock zugewiesen, um den Ausfall des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer abzufangen.

4. MIT EINER NEUEN PERSONALPOLITIK DAS LAND ZUKUNFTSFÄHIG GESTALTEN

Sachsen-Anhalt muss sich auch in den kommenden Jahren vielfältigen Herausforderungen stellen. Dem Mangel an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt und dem daraus entstehenden Wettbewerb um kluge Köpfe trägt das Land Rechnung, indem nicht nur finanzielle Anreize für eine Anstellung im öffentlichen Dienst in Sachsen-Anhalt für (junge) Menschen geschaffen werden. Neben Home-Office-Regelungen, flexiblen Arbeitszeiten (bis zur Rente) und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, müssen insbesondere Spezialisten der Bereiche IT und Medizin durch neue Arbeits- und Entlohnungsmodelle gewonnen werden. Dabei spielt die Digitalisierung ebenfalls eine entscheidende Rolle, dessen Schub – ausgelöst durch die Corona-Pandemie – weiter fortgesetzt werden muss.

Das haben wir erreicht:

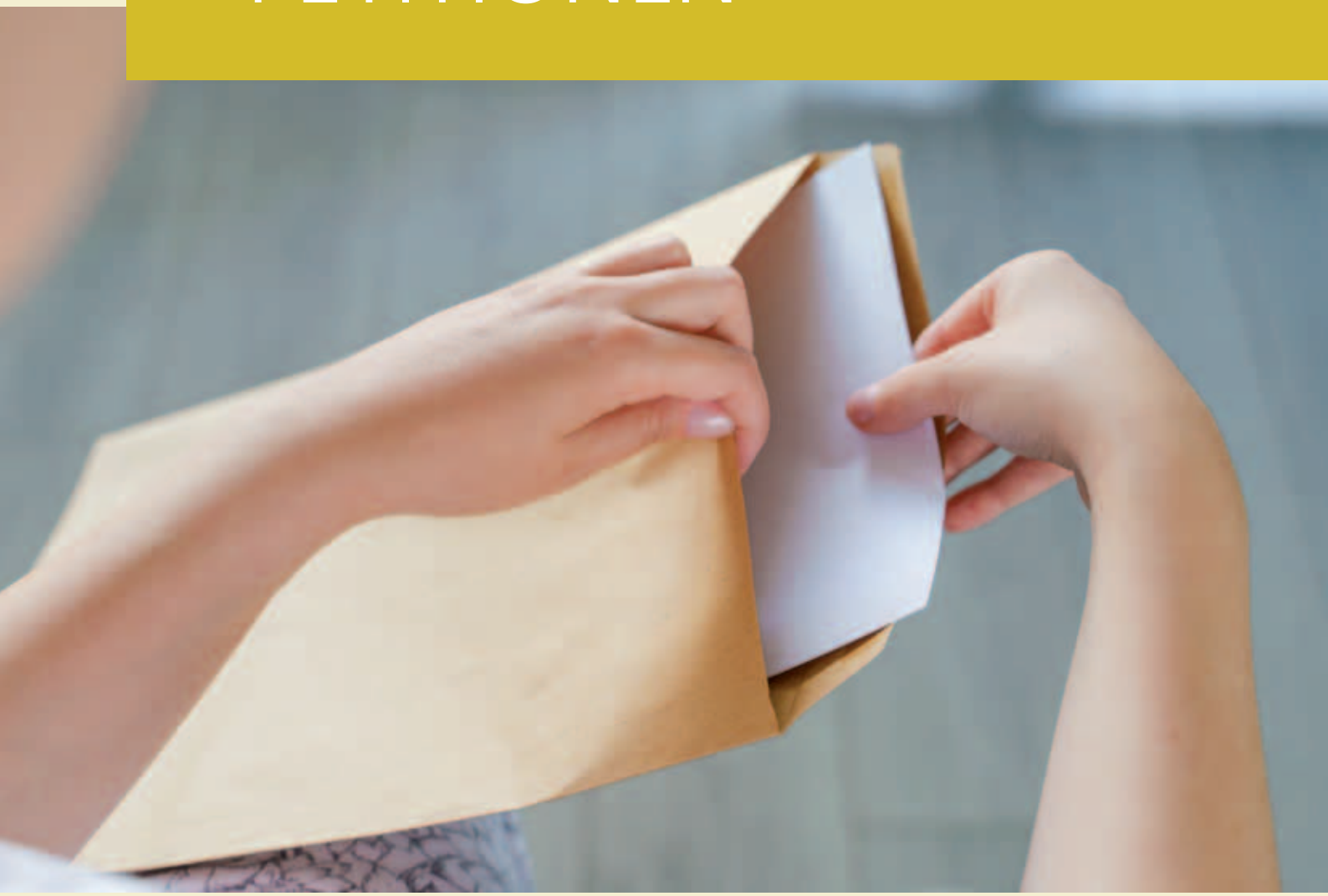
■ Wir haben uns erfolgreich für mehr Lehrer und Polizisten eingesetzt. Dem Lehrermangel treten wir entgegen, indem wir jährlich 14.500 Vollzeitäquivalente ausfinanzieren. Überstunden werden nunmehr vernünftig vergütet.

■ Im Zuge der neuen Personalpolitik des Landes erhielten die Ministerien im Rahmen ihrer Budgets mehr Flexibilität und können auf diese Weise eigenständig ihre Stellen verwalten. Zudem begleiten wir die zielgenaue Verteilung von Beförderungsgeldern für die Ressorts, damit dort befördert wird, wo der Bedarf am größten ist.

■ Mit der umfangreichen Novellierung des Beamtenrechts haben wir nicht nur die Altersgrenzen gerecht und nachvollziehbar angepasst, sondern auch Tarifergebnisse auf die Entwicklung der Beamtenbesoldung übernommen. Die Jahressonderzahlung wurde wieder eingeführt und die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf wurde verbessert. So genannte Ein-Fach-Lehrer mit DDR-Abschluss konnten durch unsere Initiative höher besoldet werden.

„Für die Wirtschaft unseres Landes sind zukunftssichere Investitionen systemrelevant.“

BILANZ DER MITGLIEDER IM AUSSCHUSS FÜR PETITIONEN



„Jedes Ersuchen an den Petitionsausschuss wird gründlich geprüft.“

„Jeder hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten und Beschwerden an den Landtag, die Vertretung des Volkes in den Kommunen und an die zuständigen Stellen zu wenden. In angemessener Frist ist Bescheid zu erteilen.“

Artikel 19 der Landesverfassung ist Grundlage der Arbeit des Petitionsausschusses.

Jeder Bürger Sachsen-Anhalts kann sich mit **Beschwerden oder Bitten** an den Landtag von Sachsen-Anhalt wenden, wenn er sich durch Verwaltungshandeln ungerecht behandelt fühlt oder Vorschläge zu unterbreiten hat, die Sachsen-Anhalt weiter voranbringen.

Jedes Ersuchen an den Petitionsausschuss wird gründlich geprüft. Oft folgen Gespräche mit Vertretern von Ministerien und Behörden, um eine umfängliche Sachaufklärung zu erreichen. Unabhängig davon führen die CDU-Landtagsabgeordneten zahlreiche Gespräche mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. So haben sich die CDU-Abgeordneten des Petitionsbereiches einen guten Namen als **„Bürgeranwälte“** gemacht und konnten viele Anliegen vor Ort klären.

Seit März 2016 sind **2214 Petitionen** im Landtag eingegangen. Sie berühren die Sachgebiete „Gesundheit und Soziales“, „Arbeit“, „Bildung“, „Finanzen“, „Inneres“, „Justiz“, „Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“, „Medien“, „Wissenschaft“ „Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr“, „Raumordnung“, „Umwelt“, „Wirtschaft“ und „Kultur“. Regelmäßig leitet der Petitionsausschuss die erledigten Petitionen dem Landtag zur Beschlussfassung zu.

In der Gesamtschau der Wahlperioden erweist sich meist nur ein kleiner Teil der behandelten Petitionen als berechtigt. Das zeigt, dass die Arbeit des Petitionsausschusses und der einzelnen Mitglieder zu einer Festigung der Qualität der Verwaltung geführt hat und Verwaltungsakte in der Regel gerichtsfest sind. Einem großen Prozentsatz der Petenten kann der Petitionsausschuss jedoch Klarheit über die getroffenen Entscheidungen der betreffenden öffentlichen Stellen geben bzw. **Lösungsvorschläge** ihrer Probleme aufzeigen.

Die Mitglieder im Ausschuss für Petitionen (v.l.n.r.):

Dietmar Krause,
Eduard Jantos,
Harry Lienau,
Holger Stahlknecht,
Thomas Keindorf

Kontakt/Sekretariat:
Kathrin Gartmann
Telefon: 0391 560 20 08
gartmann@cdufraktion.de

FRAKTION IN AKTION

Es ist sinnlos zu sagen:
Wir tun unser Bestes.
Es muss dir gelingen, das
zu tun, was erforderlich ist.

Winston Churchill (1874 - 1965)

KEINE
DEPONIE
in
Sandersdorf-Brehna
CDU
CDU

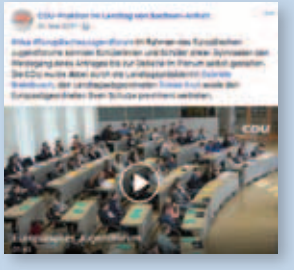
LANDESPRESSEKONFERENZ
SACHSEN-ANHALT
CDU

ZUSAMMEN MIT ABSTAND

„Aus Krisen erwachsen auch immer neue Kräfte.“

Rita Süssmuth (*1937)

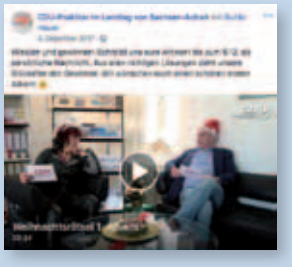
„Der größte Kompromiss ist der, den man trotz kleiner Schnittmengen eingeht."



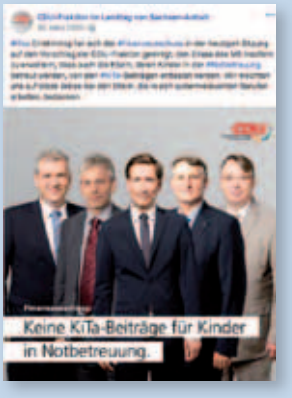
„Je mehr Funkmasten im Land, desto kleiner die Funklöcher."

SOCIAL MEDIA – GANZ NAH DRAN – FÜR UNSER LAND

„Wird die Straße neu vor deinem Haus, beim Bezahlen bist du raus."



„Wer träumt, der schläft. Wer was erreichen will, muss hellwach sein."

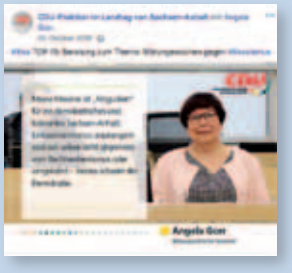


„Binnen 12 Minuten kommt dich jemand retten – und das nicht nur in unsren Städten.“

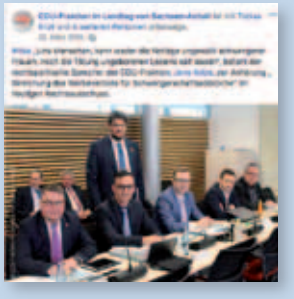
„Verlässlich, gerecht und nachhaltig sollte es zugehen im Land. Und? Es ist so gekommen.“

„Schon mit 16 ein Auto steuern? Dann musst du dir nur einen Begleiter heuern.“

„In Sachsen-Anhalt gibt es drei Bänder: Das eine ist blau, das andere grün das dritte breit. Und alle werden flächendeckend ausgebaut.“



„Wir haben gelernt. Wir haben gelitten. Und wir haben mehr gewonnen als viele glaubten.“



LANDTAGSPRÄSIDENTIN, MINISTERPRÄSIDENT UND MINISTER

Gabriele Brakebusch
Landtagspräsidentin
Mitglied des Landtages
(WK 09 Oschersleben)

Dr. Reiner Haseloff
Ministerpräsident
Mitglied des Landtages
(WK 27 Dessau-Roßlau-Wittenberg)

Michael Richter
Minister der Finanzen
sowie für Inneres
und Sport

Marco Tullner
Minister für Bildung
Mitglied des Landtages
(WK 36 Halle II)

Thomas Webel
Minister für
Landesentwicklung
und Verkehr

Rainer Robra
Staatsminister/
Chef der Staatskanzlei
Minister für Kultur

Anne-Marie Keding
Ministerin für Justiz
und Gleichstellung

ALLE INHALTE AUCH UNTER **WWW.CDUFRAKTION.DE**

Unsere Fraktionsgeschäftsstelle

DER GESCHÄFTS-FÜHRENDE VORSTAND DER CDU-FRAKTION

Siegfried Borgwardt
Vorsitzender

Kontaktt:
Marion Kühn
Telefon: 0391 560 20 04
kuehn@cdufraktion.de

Ulrich Thomas
Stellv. Vorsitzender

Kontakt:
Kathrin Gartmann
Telefon: 0391 560 20 08
gartmann@cdufraktion.de

Lars-Jörn Zimmer
Stellv. Vorsitzender

Kontakt:
Kathrin Gartmann
Telefon: 0391 560 20 08
gartmann@cdufraktion.de

Markus Kurze
Parlament. Geschäftsführer

Kontakt:
Jacqueline Drewes
Telefon: 0391 560 20 11
drewes@cdufraktion.de

Steffen Eckold
Fraktionsgeschäftsführer

Kontakt:
Hanna Wegener
Telefon: 0391 560 20 05
wegener@cdufraktion.de

Die Mitarbeiter unserer Pressestelle

Sandra Hietel
Pressesprecherin

Antonia Fritsche
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Grafik- und Mediendesign

Stefan Haeßler
Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Organisation und Bürgeranliegen

Kontakt:
Telefon: 0391 560 20 16,
0391 560 20 19 sowie
0391 560 20 47
presse@cdufraktion.de

Tobias Dachenhausen
Persönlicher Referent
des Fraktionsvorsitzenden

Kontakt:
Marion Kühn
Telefon: 0391 560 20 04
Fax: 0391 560 20 30
kuehn@cdufraktion.de

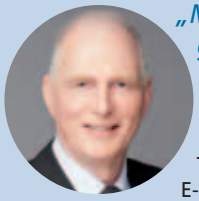
SPRECHEN SIE UNS AN!

CARSTEN BORCHERT

„Für mich gab es in dieser Legislaturperiode nicht den politischen Höhepunkt. Zu intensiv und gleichwertig wichtig war die Arbeit in den verschiedenen Bereichen meiner Tätigkeit. Vor allem zu den Themen Kommunen, Bildung, Sport, Landwirtschaft und Umwelt habe ich mich versucht einzubringen. Mir war und ist es ein wichtiges Anliegen, mich für die besonderen Interessen der Menschen im ländlichen Bereich stark zu machen."

Wahlkreisbüro: Lohteich 35, 29410 Hansestadt Salzwedel
Telefon: 03901 3 06 87 10, Telefax: 03901 3 06 87 12
E-Mail: borchert.cdu@t-online.de, www.carsten-borchert.de

UWE HARMS



„Mein Dank gilt dem Teamgeist, der uns geholfen hat beim oftmals langwidrigen Tauziehen mit den Koalitionspartnern."

Wahlkreisbüro: Rathausplatz 11-13, 39638 Gardelegen
Telefon: 03907 6 49 32 48, Telefax: 03907 6 49 32 47
E-Mail: uwe@harms-cdu.de, www.harms-cdu.de

CHRIS SCHULENBURG

„Eine Kernaufgabe des Staates ist die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. In der Legislaturperiode haben wir den Personalabbau in der Polizei gestoppt - zukünftig sorgen mehr Polizeibeamte für eine erhöhte Sicherheit in Sachsen-Anhalt. Die Gemeinden erhalten erhöhte Zuwendungen für die Feuerwehren, z.B. durch die Weitergabe der Brandschutzsteuer für die Ausstattung der Kameraden oder für die Finanzierung von Fahrerlaubnissen."

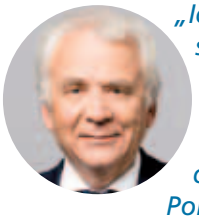
Wahlkreisbüro: Breite Straße 28, 39606 Hansestadt Osterburg
Telefon: 03937 2 52 41 21, Telefax: 03937-2 53 93 84
E-Mail: info@chris-schulenburg.de, www.chris-schulenburg.de

HARDY PETER GÜSSAU

„Als Befürworter der A 14 und Mitglied des Verkehrsausschusses war der Bau des finalen Lückenschlusses der Autobahn A 14 ein Schwerpunkt meiner Arbeit im Landtag. Die A 14 wird der Altmark und Stendal einen richtigen Entwicklungsschub geben. Ein Wermutstropfen: die zeitlich langen Wege im Planungsrecht sind irrsinnig. Es müssen wieder Beschleunigungsgesetze her, diese werden aber leider von den Grünen torpediert – noch. Das durch mich initiierte Projekt „Mopedführerschein mit 15" leistet einen wesentlichen Beitrag zur Mobilität der Jugendlichen im ländlichen Raum und ist eine Erfolgsgeschichte."

Wahlkreisbüro: Bismarckstraße 19, 39576 Hansestadt Stendal
Telefon: 03931 21 20 91, Telefax: 03931 79 49 60
E-Mail: cdu-fraktion-stendal@t-online.de, www.hardy-guessau.de

DETLEF RADKE



„Ich freue mich, dass der Hochwasserschutz nördlich der A2 weit vorangeschritten ist. Dadurch werden mehrere tausend Einwohner besser geschützt. Auch landwirtschaftliche Flächen erfahren im Rahmen der Polderfestlegung, z. B. in der Tangerniederung, mehr Sicherheit und die ortsansässigen Landwirtschaftsbetriebe werden im Schadensfall entschädigt."

Wahlkreisbüro: Mühlenstraße 2, 39307 Genthin
Telefon+Fax: 03933 82 37 70
E-Mail: detlefradke@hotmail.com, www.detlef-radke.de

MARKUS KURZE

„Neben den bundes- und europapolitischen Debatten stellte uns die Medienpolitik in der gesamten Legislaturperiode vor große Herausforderungen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist uns wichtig, scheint jedoch an manchen Stellen zu groß und zu teuer geworden zu sein. Deshalb ist die von uns seit Jahren geforderte Beitragsstabilität sowie die Auftrags- und Strukturdebatte vor dem Hintergrund, was unsere Bürger vom ÖrR erwarten und ob sie bereit sind dafür mehr zu bezahlen, stringent und folgerichtig. Demokratie ist nicht immer einfach, aber sie muss aushalten, dass es verschiedene Meinungen gibt. Daher war der Stopp der Rundfunkbeitragserhöhung richtig."

Wahlkreisbüro: Schartauer Straße 41, 39288 Burg
Telefon: 03921 72 78 53
E-Mail: mkurzebuero@t-online.de, www.markuskurze.de

HOLGER STAHLKNECHT

„Die Spannung aus der Unterschiedlichkeit der drei Regierungsfraktionen hat sich, bei nüchterner Betrachtungsweise, für die Weiterentwicklung unseres Landes positiv ausgewirkt."

Wahlkreisbüro: August-Bebel-Straße 32, 39326 Wolmirstedt
Telefon: 039201 46 04, Telefax: 039201 46 05
E-Mail: info@holger-stahlknecht.de, www.holger-stahlknecht.de

GABRIELE BRAKEBUSCH

„Wir sollten unter allen Umständen den notwendigen politischen Streit so führen, dass auch unser Gegenüber sein Gesicht wahren kann und nicht verlieren muss. Respekt ist das unsichtbare Luftpolster zwischen politischen Gegnern."

Wahlkreisbüro: Magdeburger Straße 9, 39387 Oschersleben
Telefon: 03949 30 61, Telefax: 03949 50 00 48
E-Mail: gabi.brakebusch@googlemail.com
www.gabriele-brakebusch.com

TOBIAS KRULL

„In der vielschichtigen Sozialpolitik habe ich wichtige Akzente setzen können. Verbesserungen in der Kinderbetreuung durch das neue Kinderförderungsgesetz zählen ebenso dazu, wie jene in den Bereichen der Gesundheits- und Pflegepolitik.
Als kommunalpolitischer Sprecher waren für mich die Mitarbeit an der Reform der Kommunalverfassung und an der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge von besonderer Bedeutung."

Wahlkreisbüro: Fürstenwallstraße 17, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391 2 54 98 13, Telefax: 0391 2 54 98 20
E-Mail: krull@cdu.magdeburg.de, www.tobias-krull.de

ANDREAS SCHUMANN

„Das Grüne Band ist für mich Erinnerungskultur. Im Gesetzgebungsverfahren habe ich mich dafür eingesetzt, die Bevölkerung vor Ort bei der Gestaltung mitzunehmen. Als kulturpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion habe ich an den Rahmenbedingungen für das herausragende Bauhausjubiläum mitgewirkt. Ich bin stolz, dass der Kulturhaushalt finanziell so gut ausgestattet wurde, wie in keiner anderen Legislaturperiode zuvor!"

Wahlkreisbüro: Fürstenwallstraße 17, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391 2 54 98 23, Telefax: 0391 2 54 98 20
E-Mail: schumann@cdu.magdeburg.de, www.schumann-md.de

BERNHARD DALDRUP

„Waldförderung und Waldbewirtschaftung können nur zusammen, ressortübergreifend und langfristig gedacht werden. In der siebenten Wahlperiode hat die CDU-Fraktion den Wald in den Fokus gerückt. Als Vorsitzender des Landtagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten habe ich auch dafür gesorgt, dass mehr Beschäftigte für den Forst eingestellt werden konnten. Mit Blick auf das Grüne Band konnten wir die Interessen der Eigentümer im Gesetz verankern. Artenschutz und Flächennutzung dürfen sich nicht ausschließen, wenn man die Akzeptanz der Bevölkerung für NATURA 2000 aufrechterhalten will. Die Belange der Betroffenen haben wir durch entsprechende Entschädigungen abgesichert."

Wahlkreisbüro: Marktstraße 7, 38889 Blankenburg
Telefon: 03944 36 70 76, Telefax: 03944 36 70 78
E-Mail: Bernhard-Daldrup-MDL@t-online.de, www.daldrup-harz.de

ANGELA GORR

„Als bildungspolitische Sprecherin habe ich die Einführung des Grundschulverbundes vom Wahlversprechen über die Koalitionsverhandlung bis zur Verankerung im Schulgesetz maßgeblich verantwortet. Damit konnte z. B. der Grundschulstandort in Benneckenstein im Oberharz gesichert werden. Durch unser Förderschulkonzept wurde die Bedeutung der Förderschulen im Land Sachsen-Anhalt festgeschrieben, getreu dem Prinzip ‚Wir lassen kein Kind zurück'."

Wahlkreisbüro: Büchtingenstraße 32, 38855 Wernigerode
Telefon: 03943 63 31 86, Telefax: 03943 90 52 70
E-Mail: wkgorrmdl@web.de, www.angela-gorr.de

DETLEF GÜRTH

„Die Erarbeitung eines praxistauglichen Wolfsmanagements ist nach wie vor eine Herzensangelegenheit für mich, da der drohende Interessenskonflikt zwischen Wolfsbesiedlung und Weidetierhaltung unbedingt vermieden werden muss. Umso beeindruckender war für mich daher die Diskussion mit renommierten Wissenschaftlern ganz Europas während des mehrtägigen Wolfssymposiums in Halberstadt sowie der Austausch mit dem anerkannten Wolfsexperten Prof. Stubbe.

Die Fraktionsveranstaltungen ‚Blickwinkel Wolf' haben gezeigt, dass wir ein praxistaugliches Wolfsmanagement benötigen, um Mensch, Haus und Nutztiere zu schützen. Wir fordern, den Erhaltungszustand neu zu definieren sowie den Schutzstatus des Wolfes anzupassen." →

Unsere Wahlkreisabgeordneten

Wahlkreisbüro: Vorderbreite 19, 06449 Aschersleben
Telefon: 03473 80 77 57, Telefax: 03473 91 22 05
E-Mail: guerth_cdu_aschersleben@t-online.de

GUIDO HEUER

„Die Arbeit im Finanzausschuss und in der Arbeitsgruppe haben mich stark geprägt. Die große Verantwortung, die wir gegenüber den Steuerzahlern und dem Land Sachsen Anhalt haben, wurde mir besonders bewusst bei der Freigabe von mehr als 100 Millionen Euro für Investitionen in das Herzzentrum Magdeburg genauso wie bei der Zustimmung zu den Hilfsprogrammen für alle in der Corona-Krise betroffenen Menschen und Unternehmen.
Der Wald bedeutet für mich Heimat. In meiner Position als landwirtschaftlicher Sprecher war mir daher besonders wichtig, die Situation unseres Waldes in den Mittelpunkt zu rücken. Außerordentlich bedanke ich mich bei Bundesministerin Julia Klöckner für die Unterstützung geschädigter Waldeigentümer mit einer Nachhaltigkeitsprämie in Höhe von 500 Millionen Euro. Unsere gemeinsame Pflanzaktion in der Börde hat gezeigt, dass der Erhalt und Wiederaufbau klimastabiler Wälder eine Generationenaufgabe ist und wir in der Verantwortung stehen, unseren Beitrag zu leisten."

Wahlkreisbüro: Wanzlebener Straße 7, 39171 Sülzetal
Telefon: 039205 45 90 29, Telefax: 039205 45 90 30
E-Mail: kontakt@guido-heuer.de, www.guido-heuer.de

DIETMAR KRAUSE

„Ich bin persönlich sehr froh über die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Ich habe die Position der CDU-Fraktion vertreten, wonach ein stabiler Finanzierungsvorschlag die Abschaffung der Beiträge erst möglich machte. Regierungsarbeit mündet auch in einer soliden Finanzpolitik. Da sind wir unserer Verantwortung absolut gerecht geworden."

Wahlkreisbüro: Breite 12, 39261 Zerbst/Anhalt
Telefon: 03923 48 70 20, Telefax: 03923 48 70 22
E-Mail: buero@krause-dietmar.de
Wahlkreisbüro: Kurze Straße 6, 06366 Köthen (Anhalt)
Telefon: 03496 55 79 20,
E-Mail: buero.oburg@krause-dietmar.de, www.krause-dietmar.de

FRANK SCHEURELL

„Ein ganz besonderes Anliegen von mir und damit ein großer Erfolg in dieser Legislaturperiode ist die Aufnahme der Kleinen Bauvorlagenberechtigung in die Landesbauordnung. Sachsen-Anhalt ist somit das erste mitteldeutsche Bundesland, dass Handwerker und Techniker aus Sachsen-Anhalt ihren westdeutschen Kollegen gleichstellt. Durch die Anerkennung der beruflichen Fähigkeiten der Meister und Techniker wird diese Qualifikation aufgewertet."

Wahlkreisbüro: Jüdenstraße 29, 06886 Lutherstadt Wittenberg
Telefon: 03491 40 26 11, Telefax: 03491 40 26 16
E-Mail: scheurell.mdl@gmx.de

SIEGFRIED BORGWARDT

„Die Arbeit in Deutschlands erster Kenia-Koalition war sehr lehrreich und hat viele neue Erfahrungen gebracht. Als Fraktionsvorsitzender der größten Fraktion in dieser Koalition konnte ich viele Verhandlungen in unserem Sinn mitgestalten. Höhepunkt der 7. Wahlperiode war es, dass wir aus diesem Zweckbündnis heraus viele gemeinsame Gesetze und Initiativen auf den Weg bringen konnten. Weniger ideologische Dogmen und dafür ein eher gesamtgesellschaftlicher Blick seitens der Koalitionspartner hätte viele Vorhaben allerdings vereinfachen können."

Wahlkreisbüro: Johann-Gottfried-Galle-Str. 1, 06773 Gräfenhainichen
Telefon: 034953 2 23 96, Telefax: 034953 2 90 64
E-Mail: borgwardt.mdl@t-online.de, www.siegfried-borgwardt.de
Wahlkreisbüro: Markt 23, 06917 Jessen
Telefon: 03537 20 37 77, Telefax: 03537 2 04 89 59

JENS KOLZE

„Mit der Umsetzung des Feinkonzeptes zur Personalstrategie, das Grundlage der Haushaltsaufstellung für die Jahre 2019 und 2020/2021 war, haben wir durch ein gezieltes Umsteuern einen moderaten Stellenaufwuchs für die Justiz in Sachsen-Anhalt erreicht. Durch konstante jährliche Neueinstellungen haben wir Altersabgänge kompensiert, den Wissenstransfer zwischen den erfahrenen und jungen Kollegen sichergestellt und letztendlich einen besseren Altersklassenaufbau erreicht. Dies betrifft den gesamten Bereich der Justiz – Richter und Staatsanwälte, die Beschäftigten im Justizvollzug sowie den mittleren Justizdienst und die Justizwachtmeister."

Wahlkreisbüro: Ferdinand-v.-Schill-Straße 33, 06844 Dessau-Roßlau
Telefon: 0340 2 60 60 14, Telefax: 0340 2 60 60 20
E-Mail: buero@jens-kolze.de, www.jens-kolze.de

DR. REINER HASELOFF

„Die Corona-Pandemie stellt eine beispiellose Herausforderung dar. Um die Auswirkungen einzudämmen, ist von jedem Einzelnen ein enormer Kraftaufwand erforderlich. Gemeinsam haben wir viel geschafft und können auf diese gemeinschaftliche Lösung stolz sein.

Im Zusammenwirken mit den betroffenen Regionen ist es uns durch Verhandlungen auf Bundesebene gelungen, Mittel einzuwerben, die es ermöglichen, die Weichen für einen erfolgreichen Strukturwandel zu stellen. Im Mitteldeutschen Revier legen wir nun gemeinsam mit sämtlichen regionalen Akteuren den Grundstein für die Zukunft unseres Landes. Insgesamt stehen 4,8 Milliarden Euro zur Verfügung und eröffnen beispiellose Möglichkeiten für innovative Vorhaben in Sachsen-Anhalt."

Wahlkreisbüro: Luchplatz 1, 06862 Dessau-Roßlau
Telefon: 034901 94 93 44 oder 42, Telefax: 034901 94 93 45
E-Mail: wahlkreis@reiner-haseloff.de, www.reiner-haseloff.de

LARS-JÖRN ZIMMER

„Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im Land und dient gerade im ländlichen Raum der Sicherung wichtiger Infrastruktur. Deshalb freue ich mich, dass es in dieser Legislaturperiode gelungen ist, die Arbeit der regionalen Tourismusverbände zu stärken. Damit kann eine neue Qualität im Tourismus vor Ort einziehen. Ebenso ist der Strukturwandel in den Kohleregionen eines meiner wichtigsten Tätigkeitsfelder. Versorgungssicherheit und die wirtschaftliche Entwicklung der Region müssen Hand in Hand gehen."

Wahlkreisbüro: Walther-Rathenau-Straße 16, 06749 Bitterfeld-Wolfen, OT Bitterfeld
Telefon: 03493 40 10 85, Telefax: 03493 40 10 86
E-Mail: ljz-btf@web.de, www.larsjoernzimmer.de

ULRICH THOMAS

„Funklöcher sind nach wie vor vielen ein Ärgernis. Als wirtschaftspolitischer Sprecher war es mir wichtig, an der Beseitigung von Funklöchern mitzuwirken und den digitalen Infrastrukturausbau voranzutreiben. So haben wir mit mobilen Sendemasten gezeigt, wie man Funklöcher dauerhaft abschaffen kann.
Auch das nun eingeführte nationale Roaming geht auf eine Forderung der CDU zurück."

Wahlkreisbüro: Breite Straße 37, 06484 Quedlinburg
Telefon: 03946 81 18 88, Telefax: 03946 51 98 169
E-Mail: info@ulrich-thomas.com, www.ulrich-thomas.de

ANDRÉ SCHRÖDER

„Meine Highlights dieser Wahlperiode finden sich zu Beginn, als wir nicht im Krisenmodus der Pandemie waren und noch gestalten konnten. Das noch heute geltende Gesetz zur Kommunalfinanzierung (FAG), das von mir 2016 in den Landtag eingebracht worden war, passierte das Parlament ohne eine einzige Gegenstimme. Ohne Klagen oder Bürgermeisterdemos konnte damit die Auskömmlichkeit der Landeszuweisungen über 5 Jahre abgesichert werden. Das gab es in der Landesgeschichte noch nie.
Auch in Erinnerung bleibt die Vertragsunterzeichnung mit T-Systems zum Aufbau eines digitalen Datennetzes für Sachsen-Anhalt. Neben der öffentlichen Verwaltung werden schließlich auch unsere Schulen im Land dadurch schneller ans Netz kommen."

Wahlkreisbüro: Schlossgasse 1, 06526 Sangerhausen
Telefon: 03464 27 96 69, Telefax: 03464 27 96 63
E-Mail: cdu-schroeder@t-online.de, www.cdu-schroeder.de

EDUARD JANTOS

„Der größte und wichtigste Erfolg in der 7. Wahlperiode war für mich als Mitglied des Ausschusses für Bildung und Kultur, dass das Theater Eisleben, welches in der letzten Legislaturperiode vom SPD-Kulturminister Dorgerloh durch Entzug der fast kompletten Landesförderung auf das Abstellgleis des Kulturwerks MSH geschoben wurde, wieder zu einem vollwertigen Theater werden konnte.
In der Haushaltsberatung im Dezember 2018 setzte Guido Heuer als Wunsch der CDU-Fraktion die komplette Finanzierung für das Theater Eisleben durch. Diese stand nicht im Entwurf des Haushaltsplans. Für den Landkreis Mansfeld-Südharz und die Lutherstadt Eisleben war das ein hervorragendes Signal, dass es mit der Kultur wieder aufwärts geht."

Wahlkreisbüro: Ludwig-Jahn-Straße 7, 06295 Lutherstadt Eisleben
Telefon: 03475 60 23 37, Telefax: 03475 64 83 80
E-Mail: eduard-jantos@t-online.de

FRANK BOMMERSBACH

„Als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses und Mitglied des Finanzausschusses stehe ich für eine ausgewogene Finanzpolitik im Land Sachsen-Anhalt. Ganz besonders wichtig ist mir auch die innere Sicherheit in unserem Bundesland und eine damit verbundene Stärkung von Polizei und Feuerwehren. Als Mitglied des Ausschusses für Landesentwicklung und Verkehr ist es mir von großer Bedeutung, die Infrastruktur weiterzuentwickeln."

Wahlkreisbüro: Braschwitzer Weg 3a, 06188 Landsberg, OT Hohenthurm, Telefon: 034602 50 712
Wahlkreisbüro: Ostrauer Anger 18, 06193 Petersberg, OT Ostrau
E-Mail: fbommersbach@web.de, www.fbommersbach.de

Unsere Wahlkreisabgeordneten

ANDREAS SCHACHTSCHNEIDER

„Solide Finanzen sind die Voraussetzung für jegliches Handeln in Land und Kommune. Sparsames und zukunftsorientiertes Handeln ist der Garant für eine weitere positive Entwicklung unseres Landes. Haushaltsmittel müssen dort investiert werden, wo aus den eingesetzten Mitteln Chancen für Menschen werden, zum Beispiel im Bereich der Bildung."

Wahlkreisbüro: Rennbahnring 28, 06124 Halle (Saale)
Telefon: 0345 691 526 92, Telefax: 0345 691 528 53
E-Mail: mail@andreas-schachtschneider.de
www.andreas-schachtschneider.de

MARCO TULLNER

„Bildungspolitik zu gestalten, zumal als Minister, war rückblickend für die vergangene Wahlperiode, die forderndste und zugleich erfüllendste Aufgabe meines bisherigen politischen Tuns. Auf der einen Seite die Herausforderungen des schulischen Alltags, verbunden mit hohen Erwartungshaltungen bei Schülerinnen und Schülern, Eltern und den Kollegien. Auf der anderen Seite ein robustes Arbeitsklima in der Kenia-Koalition. Und dann kam Corona. Dabei die Bildungspolitik so umfassend und grundlegend gestalten zu können, hat mir viel Freude gemacht. Und macht Lust auf Zukunft."

Wahlkreisbüro: Ulestraße 8, 06114 Halle/Saale
Telefon: 0345 68 67 56 82, Telefax: 0345 3 88 95 41
E-Mail: info@marco-tullner.de, www.marco-tullner.de

BERNHARD BÖNISCH

„Einer der Höhepunkte der Parlamentsarbeit in den letzten Monaten war für mich die Verabschiedung des Psychiatriegesetzes. Die Vorbereitung der Entscheidung war für mich außerordentlich arbeitsintensiv, aber das hat sich gelohnt, denn wir konnten in der Koalition einen breiten und guten Konsens erzielen. Wir haben jetzt ein modernes, sehr am Patientenwohl orientiertes Gesetz. Das macht mich froh und auch ein bisschen stolz."

Wahlkreisbüro: Talamtstraße 6, 06108 Halle/Saale
Telefon: 0345 6 82 77 55, Telefax: 0345 6 82 77 57
E-Mail: post@bernhard-boenisch.de, www.bernhard-boenisch.de

THOMAS KEINDORF

„Die Stärkung der dualen Berufsausbildung und die Herstellung gleichwertiger Verhältnisse zwischen der beruflichen und der akademischen Bildung gehören zu meinen zentralen politischen Anliegen. Mit der Einführung des Azubi-Tickets zum 1. Januar 2021 und der Änderung der Bauordnung des Landes bin ich diesem Ziel erneut ein Stück nähergekommen. Künftig können neben Architekten und Ingenieuren auch Handwerksmeister und Techniker bestimmte Bauvorhaben planen und beantragen."

Wahlkreisbüro: Merseburger Straße 420, 06132 Halle/Saale
Telefon: 0345 77 57 92 81, Telefax: 0345 78 23 23 47
E-Mail: info@thomas-keindorf.de, www.thomas-keindorf.de

DANIEL STURM

„Ein Erfolg meiner Arbeit als CDU-Landtagsabgeordneter der siebenten Wahlperiode war u. a. die Umsetzung einer stärkeren Kontrolldichte durch Zoll und Ordnungsämter in Bezug auf die Entwicklung von Barbershops. Deren Angebotspalette ist gesetzlich eingeschränkt. Zunehmend wurden aber Dienstleistungen angeboten, die auch qualifizierte Friseurbetriebe anbieten. Dies führt zu Wettbewerbsverzerrungen, da die Barbershops zu deutlich niedrigeren Preisen abrechnen. Es geht um fairen Wettbewerb und den Schutz und die Stärkung von qualifizierten Handwerksunternehmen, für den ich mich auch an anderer Stelle einsetze. So bin ich ebenfalls dafür eingetreten, die Erhöhung der Rundfunkbeiträge zu stoppen."

Wahlkreisbüro: Postring 12, 06618 Naumburg
Telefon: 03445 23 02 07, Telefax: 03445 23 02 08
E-Mail: info@daniel-sturm.de, www.daniel-sturm.de

HARRY LIENAU

„Besonders freut mich, dass ich in der kurzen Dauer, die ich in der 7. Wahlperiode dem Landtag von Sachsen-Anhalt angehöre, zusammen mit meinen Kollegen erreichen konnte, dass die Landeshaushaltsordnung dahingehend geändert wird, dass die Vergabe von Beraterverträgen durch die Landesregierung in Zukunft stärker durch das Parlament kontrolliert wird. Ferner konnte ich mein Wissen als tätiger Vermessungsingenieur nutzen und darauf einwirken, dass bei der Änderung des Vermessungs- und Geoinformationsgesetzes Sachsen-Anhalt der Datenschutz gewahrt bleibt und sich Auszüge lediglich auf geometrische Daten beziehen. Somit sind auch zukünftig die Eigentumsangaben geschützt."

Wahlkreisbüro: Merseburger Straße 12, 06667 Weißenfels
Telefon: 03443 47 43 08
E-Mail: info@harrylienau.de

CDU

Kontaktadresse Landtag:
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
www.cdufraktion.de

CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Domplatz 6-9 | 39104 Magdeburg
Telefon: 0391 560 20 05 | Telefax: 0391 560 21 39
www.cdufraktion.de